Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 138. Mittag-Ausgabe. Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 22. März 1865.

Preußen.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

25. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (21. März).

Eröffnung 10½ Uhr. Am Ministertisch der Kriegsminister und Geh. Rath Mölle. Die Tribünen sind überfüllt.

Präsident Grabow theilt mit, daß der Vorstand der Ortsabtheilung des preußischen Volksvereins zu Marienwerder sich der neuenburger Mißtrauens-Adresse angeschlossen hat. Das Haus — sagt die Zuschrift des Vereins — möge den in der letzteren ausgesprochenen Bitten, namentlich in Hinsicht auf Bank- und Eisenbahnfrage, nachgeben, widrigenfalls es sich das Land bald noch mehr entfremden werde, als es schon bisher der Fall sei.

Das Haus geht zur Fortsetzung der gestern unterbrochenen Debatte über. Zuerst hat das Wort der

Abg. v. Gottberg: Der allgemeine Bericht hat bereits im Lande gewirkt, wie der Abg. Löwe richtig gesagt hat, nur in anderem Sinne: er hat den Conflict verbittert, hat uns von der Verständigung abgeführt und im Lande unerfüllbare Hoffnungen angeregt. Er hat Nachtheile für das Verhältniß der Parteien zu einander und zur Krone, Nachtheile für das Land in seinem Gefolge, sonst hat er keine practische Folge. Wie der Etat mit den verlangten Steuererlassen einzurichten sei, das hat weder die Commission zu rathen, noch die Mehrheit in der Debatte nachzuholen vermocht, weil die liberale Partei selbst kein Bild von der Organisation der Armee besitzt, die sie in formloser Weise wünscht. Das glaube ich auch nach der Rede des Abg. Virchow, der von der Pathologie zu den Militärwissenschaften übergegangen ist. Das Steuererlassen ist einfach eine Illusion auch mit der Aufhebung der Reorganisation; die Aufhebung derselben würde die Belastung des Volkes nicht erleichtern und ihm nur die Erleichterungen nehmen, welche ihm die Regierung verschaffen will.

Und das Volk, m. H., rechnet so gut wie Sie! Sie wollen mehr für productive Zwecke ausgeben, doch auch aus der Tasche der Steuerzahler und das werden sie merken, namentlich das flache Land und die Grundbesitzer, auf deren ohnehin am schwersten belastete Schultern jede neue Last abgewälzt zu werden pflegt. Mit der Entwickelung der volkswirthschaftlichen Freiheit wächst allerdings die Prästationsfähigkeit und Steuerkraft des Landes, aber nicht mit der politischen Freiheit; sie wächst nicht durch den Eintritt in das konstitutionelle System, mag derselbe immerhin als ein Fortschritt aufgefaßt werden. Daran muß man denken, wenn man von dem hohen Preise der theuren Freiheit und dem wohlfeilen Absolutismus spricht, dem milden Regiment unserer absoluten Könige, das keine Knechtschaft war, und es ist eine vage Behauptung, wenn man sagt, daß sich Niemand nach ihm zurücksehnt. (Widerspruch.) Das konstitutionelle System kostet an sich und durch seine Entwickelung Geld, für das das Volk nur das Bewußtsein eintauscht, eine Vertretung zu haben. Nachgiebigkeit in der Reorganisationsfrage bedeutet für die Krone ein Aufgeben ihrer Prärogative zu Gunsten des Parlamentarismus. Die Regierung hält lediglich aufrecht, was im Jahre 1861 alle drei Factoren der Gesetzgebung in vollem Einverständniß gebilligt haben. Dafür ist ein klassischer Zeuge Herr v. Vincke, der damals Führer der ministeriellen Partei war, und die Reorganisation „in ihrer Totalität" als nothwendig erkannte, und ferner ein vollgiltiger Beweis die damals beschlossene Resolution, die nur ein das Gesetz vom 3. September 1814 abänderndes Gesetz verlangte, die neue Einrichtung selbst durchaus billigte, wie auch die provisorische Bewilligung zeigt.

Nun kann hinterher nicht ein Faktor der Gesetzgebung kommen und sagen: „das ist ungesetzlich", wenigstens brauchen die beiden anderen sich daran nicht zu kehren. Der Abg. Gneist, dessen juristische Schärfe ich anerkenne, hat durch seine Schärfe den Conflict verschlimmert und ich antworte ihm jetzt mit den Worten, die er damals sagte, als das Haus die neuen Cavallerie-Regimenter streichen wollte; die Regierung, sagte er, muß darauf antworten: „Ich bin verpflichtet, für die Sicherheit des Landes zu sorgen, dafür müssen mir die Mittel bewilligt werden." Die Regierung muß sich auf dem Boden des Gesetzes bewegen, etwas Anderes wollen wir ja auch nicht; aber das Haus will etwas Anderes, es will seine Macht vermehren und steigert seine Forderungen von Jahr zu Jahr. Erst verlangte es mit dem Abgeordneten Gneist ein Organisationsgesetz, um die Armee nicht von jährlichen Bewilligungen abhängig zu machen; dann beschuldigte es die Regierung der Verfassungs-Verletzung, und jetzt sind neue Forderungen da. Und da reden Sie von Verständigung und erwarten, daß die Regierung den ersten Schritt zur Verständigung thun soll?

Abg. Michaelis: Wenn jedes Nachgeben der Regierung ein Verzicht auf die Prärogative der Krone wäre, so müßten wir auf das Verfassungsleben verzichten. Zum Glück hat der Herr Minister-Präsident dem andern Hause eine andere Vorstellung von dem Lebensprincip eines Verfassungs-Staates gegeben als der Herr Vorredner, und dasselbe auf den Compromiß zurückgeführt. Es ist unzweifelhaft klar gestellt, daß wir der Regierung die Gelegenheit zur Versöhnung geboten haben, und nicht unsere Schuld, daß sie diese Gelegenheit nicht benützt, und ihre alte Schroffheit fortdauert. Durch den Generalbericht ist die Debatte über das Budget in neue und nützliche Bahnen gelenkt worden. Der Herr Finanzminister hat gesagt, über die Anträge 1—3 könne man nicht eher urtheilen, als bis man Einsicht von den Special-Etats genommen; nun, wir haben Alle die Special-Etats in Händen und haben sie studirt; ich glaube, der Einwand fällt jetzt fort. Der Herr Kriegsminister hat uns gestern auseinandergesetzt, wie das Budget im Staatsministerium zu Stande kommt; gerade so verfährt auch das Haus, und so stehen sich beide Seiten mit dieser identischen Behandlung vollkommen gleich gegenüber. Die Commission hat erkannt, daß der schnellste Fortschritt der Ausgaben im Militär-Etat zu finden, daß dies der Hauptfehler des Etats und die Armee-Reorganisation der Grund derselben ist.

Gerade wie im Beginn unseres Verfassungslebens der Justiz-Etat, so verursacht jetzt der Militär-Etat die höchsten Kosten, allein die Regierung scheint nicht zu erkennen, daß beide Etats eine grundverschiedene Bedeutung haben: Der Justiz-Etat repräsentirt Ausgaben im volkswirthschaftlichen Interesse, der Militär-Etat bewirkt Lahmlegung von Arbeitskraft und vermindert die Productivkraft des Volkes. Der Herr Minister hat uns Prozentsätze vorgeführt, die, wie gestern schon gesagt worden, nichts beweisen. Der Prozentsatz der Ausgaben für das Heer betrug nach dem Tode Friedrich des Großen 67, 40 Jahre später 35 und wieder 40 Jahre später 25% des Etats. Diese Zahlen stellen ein Gesetz zunehmender Verminderung dar. Daß wir durch Prozentsätze die große Frage des Landes und Hauses nicht lösen, ist schon gesagt, aber auf Vergleiche zwischen den zwanziger Jahren und der Gegenwart treffen nicht zu. Wir stehen dem Militär-Etat gegenüber als Gesetzgeber, welche nicht über die Rechtsfrage zu entscheiden, sondern für diese erst die Grundlage zu schaffen haben; unsere Aufgabe ist nicht allein, bestehendes Recht festzuhalten, sondern neues Recht zu schaffen. Gestern ist man von der finanziellen Seite der Sache schnell auf die Friedensstärke der Armee gekommen, diese ist auch in der That der Cardinalpunkt der Militärfrage. Ihre Bedeutung liegt darin, daß sie nicht nur die Größe der Lasten, sondern die Grundlage der Reorganisation feststellt. Der Standpunkt, den das Ministerium einnimmt, ist der der souveränen Militärtechnik. Der Herr Kriegsminister sagt uns: gegeben ist die Friedensstärke, gegeben sind die Cadres, gegeben die Kriegsstärke der Armee, als ich aber alle diese gegebenen Größen vor mir aufmarschiren sah, da mußte ich mich fragen: ist nicht die Gesetzgebung, ist nicht die Verfassung und dies Haus auch gegeben? (Sehr gut.)

Und hat die Technik dies nicht ganz vergessen? (Sehr wahr.) Die Reorganisation muß construirt werden aus der nothwendigen Friedensstärke, danach ist dann die zuläßige Kriegsstärke zu bemessen, das ist die Aufgabe der Technik. Wenn aber die Sache vom Standpunkte der souveränen Technik behandelt wird, so wird der Kriegsminister aus dem Fachminister zum politischen Minister und das ist nicht die zutreffende Stellung des Hrn. Kriegs-Ministers. M. H., daß die Friedensstärke die Grundlage der Armee überhaupt bildet, ist keine neue Theorie, sondern es ist die Basis des Gesetzes von 1814, auf dem unsere Militär-Verfassung beruht und welches sagt: „Um diese allgemeine Verpflichtung indessen, besonders im Frieden, auf eine solche Art auszuführen, daß dadurch die Fortschritte der Wissenschaften und Gewerbe nicht gestört werden, sollen in Hinsicht der Dienstleistung und Dienstzeit folgende Abstufungen stattfinden". Dann folgt die Einrichtung der Landwehr und dann folgt die Cardinalbestimmung: „Die Stärke des stehenden Heeres und der Landwehr wird nach den jedesmaligen Staatsverhältnissen bestimmt." Das Bedürfniß, daß die Fortschritte der Wissenschaften und Gewerbe, besonders im Frieden, nicht gestört werden, ist hier als Gegebnes hingestellt und nach diesem ist dann die Friedensstärke als das Erste zu normiren.

Vermag dann der Kriegsminister aus dieser nicht die Kriegsstärke des Heeres, welche für die mobile Feldarmee ausreicht, herbeizuführen, so ist die Landwehr nothwendig, wie man sie 1814 als nothwendig erkannt hat, und soweit er nicht ein solches stehendes Heer zu construiren vermag, soweit ist und bleibt die Landwehr nothwendig als Theil der mobilen Feldarmee. Vermag der Kriegsminister ein solches stehendes Heer zu construiren, dann erst kommt die Frage, ob die Landwehr aus der mobilen Feldarmee austreten und in die Reserve gestellt werden kann. Die Feststellung des Friedensbestandes ist im Wege der Gesetzgebung nothwendig zur Feststellung der Grundlage der Organisation und um der Gesetzgebung und unserer Verfassung die richtige Bedeutung zu geben. Gestern ist uns vorgeschlagen. wir sollten die Cadres bewilligen, und um die Friedensstärke festzustellen, an den Mannschaften streichen. Meine Herren, es ist ein wesentlicher Grundfehler in der Behandlung der Militärfrage seit dem Jahre 1860 und schon in den 50er Jahren gewesen, daß wir Beschüsse fassen über das Geld, welches wir bewilligen sollen, während in Wirklichkeit über Menschen, die zu bewilligen sind, beschlossen wird. In den 50er Jahren ist der Friedensbestand der Armee um 20,000 Mann vermehrt, ohne daß über die Friedensziffer hier abgestimmt ist; es ist nur über das Geld berathen worden.

Das ist ein materialistischer Standpunkt, auf den ich der bisherigen Gesetzgebung nicht folgen kann, obgleich den Volkswirthen meistens ein großer Materialismus vorgeworfen wird. Das Etatsgesetz, m. H., ist das einzige Gesetz, von welchem der Regierung verfassungsmäßig in Form von Etatsüberschreitungen abzuweichen erlaubt ist, vorausgesetzt, daß die nachträgliche Genehmigung beider Häuser des Landtages erfolgt. Die Verfassung erlaubt die Etatsüberschreitungen, weil sie dadurch wieder gut gemacht werden können, daß, wenn die Genehmigung nicht erfolgt, der betreffende Minister die verausgabten Summen restituirt. Wenn das Princip der Etatsüberschreitungen auf den Friedensbestand der Armee und die Ausgaben für denselben anwendbar wäre, so könnten dieselben möglicherweise wenigstens theoretisch restituirt werden, aber der Schaden, der dadurch angerichtet ist, daß der produktiven Arbeit und den eigenen Interessen so und so viel mehr Menschen im Lande entzogen worden sind, kann durch keinen Minister reparirt werden. (Sehr richtig.) Darum ist der Friedensbestand der Armee besonders zu fixiren, zu eximiren von Etatsüberschreitungen. Gegen ihn giebt es nur das königliche Recht, Kriegsergänzungen zusammenzuberufen, wenn ein Krieg in Aussicht steht. (Sehr richtig.)

Meine Herren! Ich komme zum Schluß. Der Herr Kriegsminister hat gestern hier verschiedentlich angedeutet, daß es Mitglieder dieses Hauses gäbe, welche aus sachlichen Gründen gegen die von ihm verlangte Vermehrung der Armee stimmten, daß es aber auch sehr viele Mitglieder gäbe, welche aus Parteigründen dagegen stimmten, weil sie Gegner des gegenwärtigen Ministeriums seien. Der Herr Kriegsminister hat an anderer Stelle ausgesprochen — ich nehme indeß Anstand, die Worte, welche er in der Commission gesprochen hat, hier zu citiren. Der wahre Sinn dieser Worte ist der, daß dieses Ministerium für sehr viele Mitglieder dieses Hauses ein Hinderniß bilde, für die Verständigung zwischen diesem Hause und der Krone. Diesen Sinn hat der Herr Kriegsminister nur in einer Form ausgedrückt, wie sie seiner Stellung am besten convenirt. Nun, wenn das königliche Staatsministerium das erkannt hat, so möge es bedenken, daß es seine Aufgabe ist, Seiner Majestät den Rath zu geben, sich mit anderen Räthen zu umgeben (Oh, oh! rechts; sehr richtig! links.), welche ein Hinderniß der Verständigung nicht bilden. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. v. Mitschke-Collande: Meine Hoffnung auf eine Beseitigung des Conflictes ist in den letzten Tagen stark geschwunden. Davon sind wir wohl überzeugt, daß die Reorganisation, unsere Abstimmung möge sein, wie sie wolle, vorläufig bestehen bleiben wird, und es ist ferner gewiß, daß, wenn es in unserer Macht stände, die Organisation rückgängig zu machen, Viele von uns diese Macht doch nicht anwenden würden. Der Kriegsminister hat gestern nach seiner wahren und innigen Ueberzeugung gesprochen, und wenn der Abg. für Saarbrücken mit mir z. B. im Jahre 1850 das Landrathsamt eines armen polnischen Kreises verwaltet und der Mobilmachung beigewohnt hätte, ich glaube, er würde mir in vieler Hinsicht beistimmen. Ich erinnere mich noch lebhaft, welche Mühe es mir gemacht hat, Pferde und Menschen zusammenzuschaffen. (Heiterkeit) Wenn er dabei mit angesehen hätte, wie die trauernden Kinderschwärme das Landrathsamt bestürmten und Geld forderten, welches der Kreis kaum aufzubringen vermochte, so würde er eine Rückkehr zu den alten Zuständen nicht wünschen. Wenn ich nun auch zugebe, daß es wünschenswerth wäre, wenn die Kosten für die Armee verringert würden, so muß ich doch fragen, ob der gegenwärtige Zeitpunkt dazu geeignet ist, nachdem wir aber einen Krieg überstanden, nachdem wir möglicherweise, um die Erfolge des Krieges nicht zu verlieren, noch größere Opfer bringen müssen. Ob gegenwärtig der Zeitpunkt ist, an der Reorganisatien zu rütteln, das möchte ich doch bestreiten. Eine Anerkennung der Reorganisation liegt auch darin, daß man den Vater der Reorganisation, den Kriegsminister v. Roon, in meinem Wahlkreise zum Abgeordneten gewählt hat.

Ein Umstand, der mir wichtiger erscheint, ist noch nicht erwähnt worden In der neusten Zeit werden die Eisenbahnen bekanntlich dazu benutzt, in kurzer Zeit eine Armee zu sammeln und es ist daher gewiß auch nicht unwichtig, wenn das Bedürfniß für unsre Grenzen eintritt, daran zu erinnern, daß die alte Landwehr doch lange nicht so schnell zusammenberufen werden konnte, als es jetzt der Fall ist. Ich komme auf die unglückliche Zeit von 1806 zurück, und das bin ich einem alten beliebten Militär, dem ich nahe gestanden habe, schuldig. Der alte Herr, den ich meine, hat nicht allein die Schlacht bei Jena mitgeschlagen, sondern auch die Befreiungskriege von 1813 bis 1815 mitgemacht. Der sagte, es wäre Unrecht, wenn man auf das Militär und namentlich auf die Soldaten und Unteroffiziere von damals auch nur den geringsten Makel werfen wollte. Sie hätten festgestanden wie eine Mauer. — Es ist ferner sowohl im Commissionsbericht, wie auch in der Debatte als wünschenswerth hingestellt worden, daß unser Offizier-Corps anders zusammengesetzt würde, als es gegenwärtig geschehe, daß namentlich die Unteroffiziere berechtigt wären, zu avanciren. M. H., wahr ist es, daß unser Militär und die Unteroffiziere nicht hoch besoldet sind, obgleich wir vergessen, daß unser Heer kein Soldheer, sondern ein Heer von Preußens Söhnen ist, welches vielfach Zulage erhält. (Heiterkeit.) Ich glaube, daß die Unteroffiziere ein solches Avancement gar nicht wünschen (oh, oh!), denn wenn Jemand schlecht besoldet ist, so sind es gerade die untersten Offizierstellen, und wenn ein Unteroffizier mit 200 Thlr. als Offizier leben soll, so würde er es vorziehen, Unteroffizier zu bleiben.

Ich glaube daher, wir sollten den Vortheil, den die Reorganisation uns bringt, nicht verkennen und alles dazu thun, um den Conflict, der gegenwärtig vorhanden ist, und der da verhindert, daß die organische Gesetzgebung vorwärts schreitet, zu beseitigen. M. H.! Ich erinnere an ein Programm, welches aufgestellt worden ist. Ich gebe zu, daß der Grundbesitz wohl noch manches Opfer wird bringen müssen, aber wir werden es gern bringen, wenn es zum Fortschritt und zum Besten des Landes nöthig ist. So wahr es ist, daß die Reorganisation ein bestehendes Institut bleiben wird, so wahr und gewiß wird auch das gehalten werden, was in jenem Programm versprochen ist, und wir sollten die Hand dazu bieten, daß dasselbe recht bald eine Wahrheit werde.

Abg. Dr. Bender (sehr schwer verständlich): Ich bin zum Abgeordneten erwählt, um meine Ueberzeugung gegen die Reorganisation auszusprechen. Wenn wir dies thun, so wird uns entgegengehalten, wir trieben tendenziöse Politik und wollten Agitation hervorrufen. M. H.! Der Hr. Kriegsminister hat, wie ich anerkennen muß, gestern eine sehr milde Sprache geführt, aber dies allein kann uns nichts helfen; es könnte uns nur helfen, wenn er anerkennte, daß die Regierung ihr formelles Recht auf die Spitze getrieben habe (Sehr richtig!), wenn er sich nicht mehr den Anschein gäbe, als hätte er von Ewigkeit an Recht gehabt. Dürfen wir das Land darunter leiden lassen, daß das Ministerium sich einer solchen Auffassung hingiebt? In dem Augenblick, in welchem wir dies thäten, hätten wir uns selbst gerichtet.

Man würde sagen, ein Volk, welches solche Vertreter wählt, ist nicht das Volk, mit dem die Mission Preußens erfüllt werden kann. (Sehr richtig.) Die conservative Partei hat einen Antrag eingereicht, den zwei ihrer Mitglieder vertreten haben. Der erste ihrer Erwägungsgründe handelt von der Unumstößlichkeit der Reorganisation. Wir aber glauben nicht daran. Sie thuen gerade, als ob die Vorsehung vom Himmel gekommen wäre, um die Reorganisation in's Werk zu setzen. (Heiterkeit.) Aber selbst wenn dies wäre! Wir haben Dämme gebaut gegen die Fluthen des Meeres, wir haben dem Himmel den Blitz genommen und wir sollten uns nicht gegen die Reorganisation wehren dürfen? Es ist ein altes Recht, daß wir mit berathen und mit beschließen in Sachen, wie die Reorganisation. Entweder lassen Sie das Recht unverkümmert, oder Sie vergiften das Vertrauen des Volkes zu der Verfassung, die es für eine Wahrheit hält. Und ich denke mit dem Dichter: „In Fährten und in Nöthen kennt ihr das Volk erst recht. D'rum sollt ihr nicht zertreten sein gutes altes Recht." Ich erinnere Sie daran, daß ein Papst einst schwören ließ, die Erde stehe fest. Nach dem Eide aber rief man ihm zu: und sie bewegt sich doch! Sie (zur Rechten) sagen, die Reorganisation sei unbeweglich, und wir antworten Ihnen: und sie bewegt sich doch, und sie wird erst feststehen, wenn sie von der Volksvertretung festgestellt worden ist. (Beifall.)

Abg. Duncker: Weß das Herz voll ist, deß geht der Mund über. Ich glaube, dies beweist die gegenwärtige Debatte. Während in dieser Frage der Commissionsbericht das Wesen der Organisation eigentlich gar nicht berührt, während in den Resolutionen nur im Allgemeinen gesagt wird, daß der Militäretat zu hoch ist, während es wohl denkbar wäre, daß die Regierung dem Hause und dem Lande wenigstens in der Weise entgegenkomme, daß sie sagte: wir werden auf dem Boden der Reorganisation stehen bleiben, aber wenigstens innerhalb dieses Bodens die möglichsten Concessionen machen, kommen alle Redner und die Regierung auf die Sache selbst. Uns ist das recht, wir können den Standpunkt acceptiren. Davor aber möchte ich die Regierung warnen, daß sie nicht so kategorisch von der Unaufhebbarkeit der Reorganisation spreche. Die Minister haben dies vom ersten Augenblick dieser Session an gethan, und der Minister des Innern ist sogar soweit gegangen zu sagen: weder der jetzige Monarch noch irgend ein König Preußens, so lange wir leben, wird von den Prinzipien der Reorganisation auch nur ein Titelchen aufgeben, und die Könige Preußens beständen länger als ein auf 3 Jahr gewähltes Abgeordnetenhaus. Der Schlußsatz scheint in seiner Perspective alle künftige Könige Preußens einschließen zu sollen; in dieser Art der Erklärung liegt allerdings sehr viel von dem vielbesprochenen Hausmeierthum. Warnen möchte ich jedoch die Regierung, solche Worte auszusprechen, die in der Geschichte Preußens schon so oft verhängnißvoll gewesen sind. Ich erinnere an die Worte Friedrich Wilhelm IV. „Nie werde ich dulden, daß ein Blatt Papier zwischen Mich und Mein Volk sich dränge."

Meine Herren! Ich halte dies Blatt Papier in meinen Händen, und was war die Folge der stolzen Zurückweisung der Volkswünsche und Forderungen? Das Blatt Papier ist mit dem Blute des Volkes und mit den Thränen des Königs benetzt. Wir haben ein anderes solches Wort in diesem Saale gehört, als der Minister-Präsident Brandenburg rief: „Niemals, niemals, niemals kann der öffentlichen Stimmung nachgegeben werden." Ich glaube, meine Herren! als das Herz dieses patriotischen Staatsmannes in Warschau gebrochen war, und als er krank von dort zurückkam, da wird auch diese Stunde mit dem herben Vorwurf vor seine Seele getreten sein, den besten Bundesgenossen, das deutsche Volk, zurückgetrieben zu haben. Ich habe nicht ohne Absicht diese Beispiele angeführt, weil ich glaubte, daß das gegenwärtige Ministerium sich in einer ähnlichen Lage befindet, als das Ministerium Brandenburg sich befunden hat. Auch das Ministerium Brandenburg hatte Erfolge erreicht und zwar größere, als das jetzige Ministerium sich rühmen kann. Auch das gegenwärtige Ministerum hat Erfolge, das gestehe ich gerne zu; es hat in der auswärtigen Politik das Ziel erreicht, welches das Haus ihm gezeigt hat, wenn auch auf einem anderen Wege. Es hat einen Frieden für Deutschland — und wichtige Provinzen für immer, so hoffe ich, dem deutschen Vaterlande gewonnen; aber es hat damit auch den Höhepunkt seiner Erfolge erreicht und wird von jetzt ab so ziemlich rückwärts gehen, weil es die glückliche Stunde nicht wahrgenommen hat.

Hätte es nach diesem Erfolge den inneren Frieden befestigt und wäre es mit mäßigen Ansprüchen an das Land getreten, so würde eine Verständigung möglich geworden sein. Aber diese günstige Stunde ist für immer dahin und die Regierung spricht von der Niederwerfung des inneren Düppel. In Schleswig-Holstein ist die Zerklüftung der Parteien stärker denn je; in Deutschland sind Regierungen und Vertretungen bereit, den inneren Hader zu vergessen und sich vereint gegen Preußen zu kehren, und das Ausland wartet nur auf den Moment, ihm die Frucht seines Sieges zu entreißen. Wohin soll das führen? Wir werden die Wahl haben zwischen Unterwerfung unter das Ausland oder Verständigung mit dem eigenen Volk. Wäre der Kriegsminister der wahre große Reorganisator, so müßte er seine Aufgabe darin erkennen, unter den gegebenen Umständen das Größtmögliche zu erreichen, wie es Scharnhorst im J. 1808 gelang. (Redner verliest längere Stellen aus einer Schrift des General Gneisenau.) Gneisenau wollte, wie es in der Schweiz geschieht, die Schuljugend im Gebrauch der Waffen üben lassen und die Cadettenhäuser beseitigen. Noch an eine andere Autorität will ich erinnern, an den General v. Bonin, der in diesem Hause als Staatsmann und Krieger gleich hochgeachtet wird und dessen Differenz mit dem Ministerium, dessen Mitglied der Abg. für Anclam war, durch die Eröffnungen des letzteren nicht aufgeklärt worden ist.

Warum wollte der Verstorbene die Reorganisation nicht vor diesem Hause und dem Lande verantworten? Der Widerstand gegen die Reorganisation soll die Prärogative der Krone verletzen; aber auf dieser Stelle ziemt sich nicht die Sprache des Hofmannes, sondern der Wahrheit. Solche Worte, wie „die Könige haben Preußen groß gemacht", sind doch nur Phrasen oder passen auf jeden Staat und seine Dynastie. Die Geschichte unseres Landes (auf die der Redner einen Rückblick wirft) beweist, daß wir nichts Unerhörtes, nichts Neues verlangen, sondern mit unseren Forderungen im Dienst der besten Traditionen des Landes stehen. Das heißt nicht den Staat lahm legen, ihn seinem Ende entgegenführen, wenn man ein nationales Königthum, einen auf Verfassung und parlamentarische Regierung begründeten Rechtsstaat verlangt. An die Wehrverfassung des Landes hätte eine feudale Regierung nie die Axt zu legen gewagt. (Sehr richtig!) Ein Compromiß soll der Sieg der Bescheidenheit über die Eitelkeit sein. Wir haben Bescheidenheit seit 50 Jahren geübt: was war ihr Lohn? Man fordert Unterwerfung statt des Friedens. Ein fremdes in harten Kämpfen unterjochtes Volk mag der Sieger durch die caudinischen Pässe jagen, aber nie wird ein freies, kriegs- und arbeitsfrohes Volk, das mit Recht empfindet, diesen Staat mit seinem Fleiß und Blut aufgebaut zu haben, freiwillig den Nacken unter ein solches Joch beugen. (Beifall.)

Abg. Gr. Wartensleben: Der Vorredner hat uns ein bewegtes Bild unserer politischen Vergangenheit aufgerollt, von der Sache aber, die uns hier beschäftigt, wenig oder gar nichts gesagt. Die Anziehung der Schrift des Gen. v. Gneisenau ist ganz unzutreffend, da dieselbe für ihre, nicht für unsere Zeit bestimmt ist. Was Sie immer über den Verfassungsconflict vorbringen, ist eine alte abgethane Sache, nur ein Feind der Reorganisation hat mir imponirt: das ist die Schaar der Herren Volkswirthe. Ich kann aber die Ansicht des Abgeordneten Michaelis nicht theilen, daß durch die Armeereorganisation die productiven Kräfte consumirt werden; nicht auf die Masse der Menschen, auf die Leistungsfähigkeit kommt es für die Productivkraft an, und in dieser Beziehung ist das Heer eine treffliche Schule für den Mann, es multiplicirt die Leistungsfähigkeit. (Heiterkeit.) Geben Sie mir einen Soldaten, ich nehme ihn in Dienst und kann mich auf ihn verlassen; einen andern Menschen muß ich mir erst heranziehen. (Heiterkeit.) Das Militär erzieht den Mann zur Ordnung, zum Gehorsam, zur Selbstständigkeit; er kehrt brauchbarer aus dem Regiment zurück, als er eingetreten. Ich meine, die Anforderungen der Regierung seien noch sehr mäßig. Die Verfassungsfrage, von der Sie hier so viel sprechen, hat zwei Seiten, eine wie die andere hat ihr Recht, die Regierung hat ihr Recht, Sie haben das Ihrige. (Heiterkeit.) Nach der Verfassung hat der König die Bestimmung über das Heer, und das Gesetz von 1814, das Sie ja dauernd citiren, räumte ihm damals das Recht ein, nach seinem Belieben damit zu verfahren. (Links damals! damals!)

Nun haben Sie freilich das Geldbewilligungsrecht; diesem steht aber das Recht des Königs gegenüber, und ich lege ein größeres Gewicht auf das letztere, ich halte es dem Lande für nützlicher; die Regierung, welche dies Recht wahrnimmt, sorgt mit der Reorganisation für die Sicherheit und Machtstellung Preußens. Meine Herren, so lange der Kaiser Napoleon auf dem Throne sitzt und sitzen wird, muß Preußen ein wohlgerüstetes Heer haben. Ich glaube auch an die Nothwendigkeit des Compromisses und weiß, daß man damit etwas erreichen kann; ich denke dabei an einen benachbarten

Verfassungsstaat, an das Freundesland Mecklenburg, (Anhaltende Heiterkeit) da haben sich der Adel und die Städte Rechte aufgebaut, auf denen sie feststehen. Mögen Sie sagen, was Sie wollen, wenn Sie Ihr Recht durchsetzen, dann behält der Kriegsminister Recht, dann kommen wir zum Ende Preußens. (Heiterkeit.) Ja, dann ist Preußen ein Land ohne König, ein Staat mit einem erblichen Präsidenten an der Spitze, den Sie zufällig König nennen. (Heiterkeit.) Dies ist freilich nur eine Illusion, denn Preußen wird bestehen auch ohne Sie, allein die Debatte macht diese Illusion unvermeidlich. Aber Ihr Recht ist ja doch auch illusorisch, bedenken Sie doch, daß wir auch ohne Ihre Bewilligung seit 3 Jahren ganz vortrefflich regiert werden; der ganze Conflict ist illusorisch, darum sollten Sie nicht anstehen, ihn mit Liebe und mit Geldmitteln zuzudecken.

Abg. Dr. Gneist: Meine Herren! Ich will in dieser Sache gern den objectiven Erwägungen folgen, wie wir sie gestern vom Kriegsminister gehört haben und zwar will ich darauf eingehen — ich sage das zur Beruhigung des Herrn Abgeordneten für Stolp, nicht als Jurist, sondern als Statistiker. Die Statistik ist sehr lehrreich durch die Parallelzahlen, die sie liefert, aber noch lehrreicher dadurch, daß sie bei gründlicher Behandlung festzustellen nöthigt, warum diese Parallelzahlen, namentlich auf dem höheren Gebiete der administrativen Statistik, nicht passen. Ich will in dieser Beziehung zwei Gesichtspunkte hervorheben, die der Kriegsminister gestern nicht gewürdigt hat. 1) Man kann die bestehenden Armeen nicht nach Kopfstärke und Prozenten neben einander vergleichen, wenn das Material einen völlig ungleichen Werth hat. Das theuerste Material unter allen Armeen Europa's hat die preußische Armee, weil sie die höheren und Mittelstände ohne Ausnahme zum persönlichen Dienst nöthigt. Dadurch erhält sie eben den specifischen Charakter, der ihr eine intensive Stärke vor jeder anderen Armee giebt. Wir kommen unsern Verhältnissen nahe, wenn wir annehmen, daß thatsächlich die Hälfte der eingestellten Mannschaft qualificirte Arbeit darstellt, bei deren Schätzung man mit Tagelohn nicht mehr ausreicht. (Sehr richtig.) Das wohlfeilste Material in der Armee hat Rußland. Hier ist es keine Lebensfrage, ob auf dem Papiere 13 pro Mille der Bevölkerung als Kriegsarmee stehen, oder ob in der That 8 oder 9 pro Mille auf den Beinen sind. (Sehr richtig, Heiterkeit.)

Der Kriegsminister weiß noch besser, als ich, daß die russische Armee noch manche von den Maximen der altpreußischen Armee hat, nämlich, daß ein Theil der Mannschaften in dem allerkleinsten Raume sich beisammen findet, d. h. in der Tasche des Compagnie-Chefs (Heiterkeit) Das nächste wohlfeile Material hat Oesterreich. Ich erinnere nur an den Complex seiner in der Agricultur auf niedriger Stufe stehenden Provinzen. Der französische Staat verwendet nur das allerwohlfeilste Arbeits-Material, was in Frankreich zu haben ist; ja, das napoleonische Regime verschmäht es nicht einmal, für die Armee sogar die classes dangereuses nutzbar zu machen in allerlei phatastischen Uniformen. Schon aus diesem einfachen Grunde muß unsere Armee außer jeder Vergleichungslinie bleiben mit den Prozenten und der Kopfzahl aller anderen Armeen. — Der zweite Gesichtspunkt, den der Herr Kriegsminister nicht erwähnte, ist der, daß man die Vergleichung von stehenden Armeen nicht nach der Zahl der Köpfe machen kann, die unter den Waffen stehen, sondern daß man hierbei die actuelle Dienstzeit hineinziehen muß, so weit sie den Mann wirklich und unwiderruflich festhält, Leben und Gesundheit jederzeit auf den Ruf des Staates zu opfern; daß also für solche Armeen auch die Reservezeit, die Landwehr das zweite Aufgebot mit in Betracht kommt. Freilich hat die französische Armee eine 7jährige Dienstzeit, und die Präsenszeit bei den Fahnen beträgt etwas über die Hälfte dieser Zeit, allein mit dieser 7jährigen Dienstzeit ist jede Wehrpflicht abgemacht und der Mann militärfrei, während wir nicht nur 5 Jahre für das stehende Heer, sondern auch noch 7 Jahre für die Landwehr zu einer Pflicht erheben, die auf das rechtliche und wirthschaftliche Dasein des Mannes einen unwiderruflich bindenden Einfluß übt, der für die Zeiten des Ernstes die volle Kraft des Mannes beansprucht.

Ebenso unstatthaft ist die Vergleichung der nackten Zahlen ohne Rücksicht auf den entsprechenden Cultur- und Agriculturzustand der Länder. Damit hängt innig eine andere Frage zusammen. Haben denn nicht die Staaten, die ohne Weiteres eine doppelt so starke Armee, wie wir besitzen können, haben denn nicht Oesterreich, Rußland und Frankreich in Wirklichkeit auch häufigere Kriege zu führen, haben sie denn nicht noch schwerer zu vertheidigende Besitzungen und vor allen Dingen, sind sie denn nicht durch ihr Militärsystem in ihr heutiges Finanzsystem hineingerathen (sehr richtig!)? Sind wir denn nicht gerade im Begriff, die Regierung zu warnen, ihnen auf diesem Wege zu folgen? Ich kann daher, m. H., das ganze statistische Material des Kriegsministers nicht als zutreffend erachten. Wohin sollte denn Europa kommen, wenn alle seine Staaten ihre stehenden Armeen mit der Bevölkerung wollten wachsen lassen? Weil Preußens Bevölkerung sich um zwei Fünftel erhöht hat, meint der Kriegsminister, müßte man auch die stehende Armee um zwei Fünftel erhöhen; wenigstens gehe daraus hervor, daß Preußen es tragen könne. Ja, m. H., daraus folgt aber doch immermehr, daß es auch ein unzweifelhaftes Bedürfniß sei (sehr wahr!). — Daß der Kriegsminister in allen diesen Punkten die Ansichten des Gesammt-Ministeriums wirklich vertrete, fällt mir sehr schwer zu glauben. Wir hören ihn in allen darauf bezüglichen finanziellen, wirthschaftlichen und allgemein politischen Fragen immer nur allein sprechen, allerdings mit einer Dialectik, die mich zwingt, anzuerkennen, daß wir hierin große Fortschritte des Parlamentarismus an den Ministerbänken gemacht haben (Heiterkeit). Ja, bei allen Detail-Berathungen sind die Civil-Minister für die große Militärfrage schon seit geraumer Zeit Minister in partibus geworden (Heiterkeit, sehr gut!).

In der gegenwärtigen Zeit, m. H., wo man es offen von Seiten der Regierung ausspricht, daß die Richter, die Civil- und Militärbeamten des Landes, nicht Diener der Gesetze, sondern vielmehr der zeitigen Verwaltung, des zeitigen Regierungssystems sind, kann man an keine Geltendmachung irgend einer selbstständigen Ueberzeugung der Civil-Verwaltung glauben. (Sehr wahr). Dem ganzen Lande muß sich mit Nothwendigkeit die Frage aufdrängen: haben Sr. Majestät Minister eine rechtliche und politische Ueberzeugung, weil sie Minister sind, oder sind sie nicht vielmehr Minister, weil sie und nur so lange sie eine bestimmte Meinung über die Reorganisation und ihr Verhältniß zu der Verfassung und den Gesetzen dieses Landes haben? (Sehr wahr! Bravo!) Dieser Frage gegenüber erscheint die militärische Technik als vollständig souverain. Und sollte wirklich einer der Civiladjuncten des Herrn Kriegsministers eine ernste Ueberzeugung von der Unmöglichkeit auf diesem Wege weiter zu gehen haben, so scheint es, daß nach dem System von 1862 eine zweite und dritte Serie von Männern jederzeit bereit ist, in die Vacanz einzutreten, Männern, bei denen Verfassung und Gesetz wohl die Auslegung finden würden, die mit der Reorganisation verträglich ist, Männern, deren Mangel an Politik jedenfalls nicht in der Blödigkeit bestehen wird. (Heiterkeit! Sehr gut!)

M. H.! Der Kriegs-Minister hat unsere bisherigen Militär-Zustände illusorische genannt. Wäre dem auch wirklich so, — nun dann frage ich: wenn die Erfolge, die langen Erfahrungen in großen Kriegen, die Erfahrungen der Männer von 1815 nicht genügt haben, zu verhüten, daß unsere vielgerühmte Organisation eine illusorische gewesen ist, welche Garantie kann uns der Kriegs-Minister bieten, daß die Männer und die Erfolge von 1864 nicht die Reorganisation zu einer ebensolchen Reorganisation machen werden? (Sehr wahr!) M. H.! Das Haus gibt gern der objectiven und scharfsinnigen Weise des Hrn. Kriegsministers Gehör, aber die Ueberzeugung der Hunderte, die hier sitzen, die Ueberzeugung der Tausende von intelligenten Wählern kann er durch die Beweisgründe von seiner Seite nicht erschüttern und die statistischen Anführungen für die Reorganisation werden weder das Haus, noch das Land überzeugen und wenn der Herr Kriegs-Minister mit Engelszungen diese Statistik zu verkünden hätte. (Lebhaftes Bravo.)

Kriegsminister v. Roon: M. H., ich habe nicht die Absicht gehabt, in dieser Frage noch einmal das Wort zu ergreifen. Was ich darüber zu äußern hatte, habe ich gestern vorgetragen, und wenn ich die Ueberzeugungen in diesem Hause nicht zu mir herübergezogen habe, so kann ich das bedauern, aber erwartet habe ich auch einen solchen Erfolg allerdings nicht. Ich könnte mich daher auch jetzt sehr wohl dispensiren von einer weitern Besprechung dieses Zwischengerichts, das uns mit dem Vorbericht aufgetischt worden ist, wenn ich nicht dazu veranlaßt wäre, zum Theil die Urtheile in Lob, wie in Tadel zurückzuweisen, die hier ausgesprochen worden sind. Was das Erstere anbetrifft, so bin ich allerdings nicht unempfindlich dafür, daß man mein Bestreben anerkennt, doch ist hierin der Herr Vorredner, meine ich, eben so sehr zu weit gegangen, wie in seinem Tadel. Die Frage des Herrn Vorredners, von der er meinte, sie müßte sich mir, wie jedem im Lande, unabweisbar aufdrängen, kann mich in der Fassung, wie er sie aussprach, nicht in Verlegenheit setzen. Eben so wenig können mich die Scherze beunruhigen, die er über die Minister in partibus gemacht hat. Ich glaube nicht, daß dadurch irgend eine Eifersucht unter meinen Collegen erregt wird. Es ist das eine eben so verfehlte Speculation, als diejenige, die wir kürzlich von der merovingischen Wirthschaft gehört haben; beide sind gleich wirkungslos, denn wo sie wirken sollen, versteht man die Absicht sehr wohl. Ich habe die Momente, die der Herr Vorredner erwähnt hat, von dem größeren Werthe unserer Kriegsbestandtheile durchaus nicht außer Acht gelassen, aber sie können doch nur bis zu einem gewissen Grade in Betracht kommen. Ich habe mich in früheren Jahren mit der Statistik selbst beschäftigt, und weiß sehr wohl, daß all' ihre Zahlen immer nur einen relativen Werth haben, aber einen höhern Werth habe ich ihnen auch gar nicht beilegen wollen.

Ich weiß sehr wohl, daß unser Material das kostbarste ist, mit dem wir in den Krieg ziehen, und ich erkenne es mit Dank an, daß unsere Kriegs-Verfassung uns die Macht giebt, die wirkliche Blüthe der Nation zu verwerthen. Ja, m. H., darum können wir allerdings etwas schwächer sein, als der Gegner, aber es hat doch seine Grenzen. Die Zahl bleibt nichts desto weniger ein höchst wichtiges Moment, und oft schießt ein Mann im fabelhaften Anzuge aus der classe dangereuse viel besser, als ein Mann aus der haute volée oder haute finance (Heiterkeit), und, m. H., schießen thuen sie alle, soviel ihrer sind, und ich kann also diese versuchte Abschwächung meiner Zahlenangaben in keiner Weise acceptiren. Wohl liegen die Verhältnisse in unseren Nachbarländern anders wie bei uns, aber die nackte Thatsache ist nicht zu bestreiten: jeden Augenblick gebietet Rußland, Frankreich, Oesterreich über ein Heer, das dem unseren numerisch überlegen ist. (Unruhe.) Deßhalb kann die preußische Kriegsverwaltung nicht anders, als diejenigen Maßregeln treffen, die ihr die Möglichkeit gewähren, im entscheidenden Augenblicke den feindlichen Angriffen gewachsen zu sein. Auch ich glaube, daß der jetzige weise Herrscher von Frankreich sehr weit davon entfernt ist, uns vielleicht morgen oder übermorgen mit Krieg zu überziehen; aber thuen wird er es ohne Zweifel, sobald es sein Interesse verlangt, und wenn dieses eintritt, wer kann das wissen? (Bewegung.) Die Nothwendigkeit ist es also, welche uns zwingt, mehr zu leisten. Den Ausdruck „Illusion", den ich gestern gebrauchte, hat der Herr Vorredner mißverstanden. Ich habe damit in keiner Weise unser Wehrsystem angreifen wollen, denn sein Grundgedanke ist ja gerade auch der Grundgedanke derjenigen Armee-Einrichtungen um die es sich heute handelt. (Verwunderung.)

Gewiß, es war ein großer und glücklicher Gedanke, der im Jahre 1814 eine große Kriegsverfassung erdachte. Nur bin ich der Meinung, daß jedes Ding, jede Einrichtung, mag sie noch so vortrefflich sein, ihre Zeit hat, nach welcher sie verbessert werden muß. M. H., die Regierung will den Fortschritt in dieser Sache und die Herren sind wunderbar conservativ. (Große Heiterkeit) Seit den Erfahrungen, die wir gemacht haben bei den Mobilmachungen von 1849, 50 und 59, mußte jeder denkende Soldat und die Regierung sich sagen: „Nein, in der That, mit dem bisherigen System geht es nicht mehr, wir kommen in's Unglück!" M. H., ein jedes System überlebt sich. Ich selbst bin damals bereits als Divisions-Commandeur zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Reorganisation eine dringend nothwendige Pflicht der damaligen Regierung war. — Einer der Herren Vorredner hat meines Amtsvorgängers erwähnt, den Gott vor wenigen Tagen hinweggerufen. M. H., dieser hochgestellte und von mir herzlich hochgeachtete Mann steht doch anders zu der Frage, als Herr Duncker meint. Er steht und stand anders! Aber Herr Duncker wird nicht von mir verlangen, daß ich hier von dieser Stelle aus Eröffnungen machen soll über die Geheimnisse des Cabinets und über die Ursachen, die seinen Austritt vermittelten. Aber ich habe die schriftlichen Beweise in der Hand, wodurch ich allerdings darthun kann, daß ich der Erbe des Herrn v. Bonin war auch in dieser Frage. (Große Bewegung.)

(Der Redner wendet sich gegen die verlesenen Stellen aus Gneisenau's Werke. Man dürfe nicht die Verhältnisse von 1808 als Maßstab nehmen für die heutige Reorganisation.) M. H.! Zum Schluß muß ich, so ungern ich es thue, noch in die politische Seite dieser Frage hineingreifen. Man sagt, die Regierung müsse die Verständigung herbeiführen. Ja, m. H., mit Ihnen doch, mit den Abgeordneten (Ruf: „mit dem Lande"). Nun, ich frage Sie, ob Jemand zu einem Unternehmen sich versteht, wenn ihm von Hause aus die Wirkungslosigkeit, die Unausführbarkeit entgegengehalten wird. (Unruhe.) Ja, m. H., ich glaube sehr gern, daß die Zahl der Personen in diesem Hause, welche eine Verständigung wünschen, nicht gering ist. Wenn aber der Regierung immer wieder gesagt wird: „Nein, wir wollen keine Verständigung mit dem Ministerium; dies Ministerium kann lieber den Platz aufgeben, den es hat!" Wenn gesagt worden ist: „Der Conflict ist gar kein Unglück, er kann fortdauern, das Land wird das aushalten und späterhin seine Rechnung um so höher stellen", dann, m. H., — wer nicht taub ist, der behält dergleichen (Unruhe) und findet sich nicht encouragirt, noch den Herren, die so entschieden den Rücken drehen, nachzugehen, sie an dem Rock zu zupfen und zu sagen: Hier ist die Hand, nimm sie. (Widerspruch.) Außerdem sind die Bedingungen einer jeden Verständigung mit der Zeit, je länger, je strenger geworden.

Als diese Frage zuerst vor das Land kam, waren die Differenzen gering. Man erkannte die richtigen Grundgedanken der Reorganisation an, man meinte aber, es sei zu viel und schlug deswegen eine Verringerung der Dienstzeit vor. Die Zurückstellung der Landwehr wurde von der Regierung nur betont als ein Vortheil für das Land und die Regierung war demnächst auch bereit, diese Institution zu erhalten, sie stritt mit dem Abgeordnetenhause nur über die zwei- und dreijährige Dienstzeit, das war Alles. Später wuchsen die Ansprüche und heute ist man dahin gelangt, ein weiteres Aufgeben ihres bisherigen verfassungsmäßigen Rechtes mit deutlichen Worten von der Regierung zu verlangen, indem Sie in Aussicht nehmen eine jährliche Steuerbewilligung. Ja, m. H., das ist gegen die Verfassung, und weil es gegen die Verfassung ist und weil die Regierung ein solches Recht Ihnen niemals vindiciren kann, darum eben constatirt die Regierung, daß Sie mit wachsenden Forderungen weiter und weiter gehen und die Kluft vertiefen. Man kann das beklagen, aber die Regierung ist zu schwach, diese Thatsache zu verhindern. (Beifall und Widerspruch.)

Nach dieser Rede des Kriegsministers wird der Schluß der Debatte und eine Unterbrechung der Sitzung von 20 Minuten zur Lüftung des Saales beschlossen.

Nach Ablauf der Pause werden die Verhandlungen mit einer Reihe persönlicher Bemerkungen wieder aufgenommen. Abg. Virchow replicirt verschiedenen Abgeordneten; er erinnert Hrn. v. Goitberg daran, daß sich im Hause nur Abgeordnete in dieser ihrer Eigenschaft gegenüberständen, daß es daher nicht angemessen sei, auf persönliche Beziehungen, die außerhalb des Hauses lägen, wiederholt anzuspielen. Was die Ausbildung der Offiziere betreffe, so habe er nicht den Bildungsgrad des jetzigen Offiziercorps herabsetzen wollen, sondern von ihrer exclusiven, dem Wesen eines volksthümlichen Heeres widersprechenden Erziehung gesprochen. Mit dem Hinweis auf die merovingischen Könige habe er nur auf die Stelle, wo die Minister sitzen, wirken wollen und auf das Haus, in dem er spreche. Dieser Zweck sei erreicht. Abg. Duncker versichert, daß er selbstverständlich nicht nach Cabinets-Geheimnissen habe fragen wollen; aber das Land habe ein Interesse und Recht zu fragen, mit welchem Grunde der Hr. Kriegsminister sich als den Erben Bonins betrachten könne, dessen Andenken durch diese Behauptung Schaden nehme.

Kriegsminister v. Roon: Wenn ich die Sache anders als ganz ernsthaft behandeln wollte, so würde ich Veranlassung haben, verschiedene Aeußerungen des Hrn. Vorredners nur als eine Provocation zu betrachten, heiter in die Sache einzutreten. Ich will aber die Sache sehr ernsthaft betrachten und habe das auch vorausgesehn, daß meine Aeußerung, die nur der Wahrheit gemäß ist, in dem Sinne, wie ich sie gemacht habe, so angesehn werden würde, als wenn sie eine Beeinträchtigung des guten Rufes des seligen Generals wäre. Ich muß sagen, zu dieser Ansicht würde ich mich nicht bekennen können; aber ich kann mir denken, daß bei der Hitze des Parteikampfes in gewissen Köpfen solche Vorstellungen entstehen können. Darum will ich mich einfach darauf beschränken, Thatsachen anzuführen, die aus der Gesetzsammlung Jedermann zugänglich sind. Ich bin ernannt worden am 5. Dezember 1859, das Abgeordnetenhaus trat zusammen, wenn ich mich nicht irre, am 14. Januar 1860, und es war einer der ersten Schritte der Regierung, dem Hause den sogenannten Reorganisations-Plan vorzulegen. Glaubte die Herren, daß man in ein so ausgedehntes, weitschichtiges Ressort, wie das meinige hineinsteigt, um sich eine Reorganisation aus dem Aermel zu schütteln? Wenn ich nicht den ganzen Gesetz-Entwurf vorgefunden hätte, ich würde ihn wahrscheinlich nicht so vorgelegt haben. Das ist meine Meinung von der Sache.

Wenn der verstorbene General v. Bonin in manchen Beziehungen ganz gewiß abweichende Ansichten von den meinigen hatte, so respectire ich dieselben in hohem Maße; dahin aber, wohin der Herr Abgeordnete deutet, dahin gehn sie ganz gewiß nicht. Wenn der Herr General von Bonin über die Leistungsfähigkeit des Landes vielleicht andere Ansichten haben mochte, als ich, so war die Differenz doch in der That außerordentlich klein, so klein, daß ich mich um deswillen scheue, es zu sagen. Es kommt aber in den Verhältnissen des menschlichen Lebens zuweilen vor, daß kleine Ursachen große Wirkungen haben. Das hat der Herr Abgeordnete übersehen. Abgeordneter v. Mitschke-Collande (persönlich) führt aus, daß die Forderung des Abiturienten-Examens für die Offiziere beweise, daß es sich um einen Nachweis ihrer Befähigung handle.

Zum Schlusse der Debatte über Abschnitt XVI. des Berichts erhält noch das Wort der

Abg. v. Forckenbeck (als Referent). Wenn der Herr Kriegsminister einzelne Aeußerungen aus der Debatte herausholt, und daraus Schlüsse auf die Haltung des Hauses zieht; wenn man diese Aeußerungen immer von Neuem wiederholen hört, so heißt das nichts Anderes, als es vor dem Lande zu verhüllen, daß man nicht nachgeben will und kann. (Sehr wahr!) Unser Verlangen ist kein verfassungswidriges, selbst der Antrag auf Abänderung der Verfassung ist nicht verfassungswidrig und wir wollen nichts als eine Abänderung der Steuergesetzgebung. Die Situation ist folgende: Die Regierung hat 2-, 3mal eine Erhöhung des Militär-Etats gefordert, wir haben sie eben so oft abgewiesen, vermöge unseres Budgetrechts. Daraus müßte folgen, daß die Regierung eine Minderforderung stellte; da sie dies nicht thut, so zeigt sie, daß sie auf ihrer Forderung beharren will. Es ist nicht richtig, daß irgend eine Kammer die Reorganisation bewilligt hat. Der Kammer von 1862 und allen ihren Nachfolgern ist die Angelegenheit überlassen, um sie auf gesetzlichem Wege zum Austrag zu bringen. Der Finanzminister erklärte, man müsse erst den Militär-Etat in Händen haben, bevor man an dieser Stelle und bei dieser Gelegenheit ein Urtheil darüber aussprechen könne. (Redner verliest den bezüglichen Passus aus der Rede des Finanzministers vom 16. d. M.) Dem gegenüber will ich nur constatiren, daß der Generalbericht die Berathung der Special-Etats nicht überflüssig machen und hindern soll und daß wir sehr wohl im Stande sind, ein sachgemäßes Urtheil zu fällen. Was haben wir denn bei den bisherigen Budget-Berathungen erreicht? Wir haben weder die Reorganisation, noch den Verfassungs-Conflict verhindert. Also der Weg, den wir bisher verfolgten, war kein guter; jetzt müssen wir alle Mittel zusammenfassen, um möglicher Weise mit der Staatsregierung zu einer Ausgleichung zu gelangen.

Man hat gesagt, der Bericht sei agitatorisch. Er ist eine einfache Beleuchtung der Sachlage; er giebt Licht, wo Licht, Schatten, wo Schatten ist. Wir kämpfen gegen die dreijährige Dienstzeit, die Regierung hält daran fest, selbst bei denjenigen Regimentern, die in Schleswig-Holstein waren. Heißt das agitiren, so agitiren die Thatsachen, nicht wir (Sehr wahr!), und ich möchte lebhaft wünschen — es ist dies freilich ein Wunsch, den ich lediglich für meine Person ausspreche, — daß unsere liberale Presse von dem Generalbericht, seiner Bedeutung und seinen Motiven einen größeren Gebrauch machen möchte, als sie es bisher gethan hat. Die Frage nach der Größe der Last, welche dem Lande aus dem Armeebudget entsteht, führt zu der Ueberzeugung, daß das Land nie sparsam gegen die Armee gewesen ist. Die Zahlen des Berichts sind nirgends angegriffen worden (Redner recapitulirt die Hauptposten aus den Tabellen). Die Solderhöhung, die wir verlangen, beseitigt sicher einen harten Druck; hat es sich doch herausgestellt, daß die große Zahl von Postsendungen an die Truppen im Felde nur auf die Zuwendungen der Angehörigen der Soldaten zurückzuführen war. (Hört, hört!) Die alte Armee hatte die zweijährige Dienstzeit, die neue Organisation hält an der dreijährigen fest, weil durch die zweijährige allmählich eine Verminderung der Cadres entstehen würde. Die Regierung ist nur scheinbar von ihren früheren Forderungen zurückgegangen; der Kern des Reorganisationsplanes ist nicht geschwächt, sondern verstärkt worden. Die Forderungen der Regierung treten jetzt viel deutlicher und gefährlicher hervor.

In der Frage, wie viel können wir für die Wehrkraft des Landes bewilligen, ist ja jetzt auch die Forderung für die Marine hineinzuziehen, die als eine dringende erscheint und die Gesammtlast des Landes erheblich vermehrt. Hiernach constatire ich, daß, so lange die Verfassung besteht, eine solche Mehrbelastung noch keiner Volksvertretung zugemuthet worden, ja, daß in der Geschichte der constitutionellen Staaten sehr selten ein Ministerium mit solchen Forderungen aufgetreten ist. Dem gegenüber sind wir bei dieser Sachlage verpflichtet, diese Forderungen vollständig abzusetzen. Ich constatire, daß ein Vertrauen im Hause zu den Personen der Minister nicht da sein kann und darf, und daß wir daher solche Forderungen auch nicht bewilligen können. Aber ich constatire ferner, daß die Minister auch nicht glauben, Vertrauen im Lande zu besitzen, denn hätten sie diesen Glauben, so müßten sie zur Auflösung des Hauses schreiten. Dadurch, daß sie das nicht thun, constatiren sie, daß sie das Vertrauen nicht besitzen. (Sehr wahr, sehr gut!) Hat man aber kein Vertrauen zu den Personen, so könnte man es doch zu der Maßregel haben, aber auch damit steht es schlimm aus. Was hilft uns ein liberales Ministerium! Es existirt das Herrenhaus, welches uns erst in den letzten Tagen durch die Berathung der Wege-Ordnung zeigt, wie es die freie Entwickelung des Landes versteht. Wie können wir da eine solche Mehrbelastung bewilligen; wie könnten wir es verantworten vor Denen, die uns hergeschickt haben und denen wir eine Verantwortung für das, was wir hier thun, schuldig sind. Zwingende Gründe, die aus der Situation herzuleiten wären, vermag ich auch nicht anzuerkennen und halte die Vergleiche mit früheren Zuständen und andern Staaten nicht für zutreffend.

Die Schwierigkeiten bei der Mobilmachung im Jahre 1859 sprechen für eine Reorganisation, nicht für die Reorganisation. (Sehr wahr!) Mit Aenderungen unseres Wehrsystems müssen wir sehr vorsichtig zu Werke gehen. Ich war bei den früher von mir gestellten Amendements für eine vermehrte Rekrutirung, aber für 2jährige Dienstzeit. Aber die in jenen Amendements ausgesprochenen Wünsche möchte ich jetzt nicht aussprechen, so lange das Budgetrecht des Hauses in Frage gestellt, so lange uns die Controle über die Bewilligungen aus der Hand genommen ist.

Der Finanzminister verwechselt das Budgetgesetz mit jedem anderen Gesetz, jenes muß er nach Artikel 99 der Verfassung in jedem Jahre haben. Die Krone kann das Haus schließen und auflösen, doch muß sie zuvor das Etatsgesetz haben. Geht es ohne ein solches, so ist eben die Verfassung nichts werth. (Sehr wahr!) Auf Grund unseres Budgetrechts sind dem Finanzminister seit 1850 Millionen und Millionen bewilligt worden; ich frage ihn, ob er glaubt, daß bei budgetlosem Zustande irgend eine Kammer einen Thaler bewilligt hätte? Die conservative Kammer hätte es so wenig gethan, als es eine andere hätte thun können.

Die Voraussetzung des anerkannten Budgetrechtes allein wird auch die Bewilligung neuer Steuern ermöglichen. Wenn nun das jetzige System kommt und sagt: „wir erkennen euer Budgetrecht an", um zur Bewilligung von Steuern zu gelangen, so heißt das: „Mohr, du hast deine Schuldigkeit gethan, Mohr, du kannst gehen!" (Sehr wahr! Sehr gut!) M. H., ein solcher Mißbrauch des Vertrauens schädigt die Monarchie in Preußen mehr als vielleicht der Verlust von so und so viel Bataillonen. (Sehr wahr!) Es ist für die Monarchie nothwendig, daß dieser Mißbrauch des Vertrauens aufhöre. (Lebhafter Beifall.)

Das Haus geht nunmehr zum letzten Abschnitt (XVII.) des Berichtes über, der vom Etat des Marine-Ministeriums handelt. Abg. Schmidt (Randow) erörtert die Pflicht des Hauses, die Aufgabe der Marine zu fördern. Der Finanzminister zeigt an, daß eine Marine-Gründungsplan und ein dazu gehöriges Gesetz dem Hause baldigst vorgelegt werden sollen.

Damit ist die Discussion über sämmtliche 17 Abschnitte des Berichts geschlossen und es bleibt nur noch die über die 6 Anträge übrig. Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. (Auf der Tagesordnung wird u. a. auf Anregung des Abg. Kosch die Prüfung der Wahl des Abg. v. Tettau stehen.)

10. Sitzung des Herrenhauses, am 21. März.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 12¼ Uhr. Am Ministertisch: Graf Itzenplitz, Graf zur Lippe, v. Selchow. Reg.-Kommiss. Geh. Reg.-R. Mac Lean. Nach Eröffnung der Sitzung schlägt der Präsident dem Hause vor, seiner loyalen Gesinnung am morgenden Geburtstage Sr. Maj. des Königs Ausdruck zu geben, indem es wie in früheren Jahren seine drei Präsidenten mit der Gratulation beauftrage. Das Haus erklärt sich damit einverstanden und tritt nunmehr in die Tages-Ordnung ein: Fortsetzung der Berathung über die Wege-Ordnung. Zu § 38, der von der Aufstellung der Bebauungspläne handelt, ist von den Herren v. Brüncken, Hasselbach und Gen. der Antrag gestellt, daß diese Bebauungspläne zwischen dem Gemeinde-Vorstand, der Gemeinde-Vertretung resp. Versammlung und der Polizei-Behörde vereinbart werden müßten. Herr Richtsteig empfiehlt diesen Antrag. — Reg.-Kommiss. Mac Lean bemerkt, daß der Regierung wenigstens die Entscheidung vorbehalten werden müsse, wenn zwischen diesen drei Behörden eine Einigung nicht erfolge. — Dr. v. Zander stellt nunmehr ein dahin zielendes Amendement zu dem Antrage v. Brünckens. Antrag und Amendement werden angenommen. § 39—40 werden ohne erhebliche Debatte den Vorschlägen der Kommission gemäß erledigt. — In § 44 wird die Verpflichtung der Adjazenten der betreffenden Wegebaupflichtigen ausgesprochen, sich die Entnehmung der zum Bau erforderlichen Materialien, Feld- und Bruchsteine, Kies, Rasen, Sand, Lehm und andere Erde aus ihren Grundstücken in vorschriftsmäßiger Weise u. s. w. gefallen zu lassen. Die Kommission hat aus diesen Materialien den Rasen ausgemerzt. Herr v. Senden beantragt einige einschränkende Bestimmungen, indem er meint, daß es in der Regierungs-Vorlage sich um Eigenthums-Verletzungen handle. Der Handelsminister erklärt sich gegen Kommissions-Antrag und Amendement. Graf Rittberg beantragt das Wort Rasen wieder aufzunehmen. Graf Brühl, Graf Arnim-Boitzenburg und v. Waldaw-Reitzenstein erklären sich für die Kommissions-Anträge. Dr. v. Zander interpretirt dieselben zu Gunsten der Regierungs-Vorlage, für die der Handelsminister und der Regierungs-Kommissar Mac Lean wiederholt eintraten.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Herrn v. Senden abgelehnt und der Kommissions-Antrag mit der von Graf Rittberg befürworteten Wiederherstellung des Wortes „Rasen" angenommen. § 48—50 werden ohne Debatte nach den Vorschlägen der Kommission genehmigt, ebenso § 51, nachdem ein von Graf Brühl gestelltes Amendement verworfen. Auch die §§ 52—58 werden ohne erhebliche Debatte angenommen. (Die §§ 59 und 60 sind am ersten Tage der Debatte erledigt.) Zu § 61 hat Herr v. Below ein Amendement gestellt, daß die Verhältnisse des Fiskus rücksichtlich der Baulast nicht chaussirter Straßen in der Provinz Sachsen durch besondere Verordnung nach Anhörung der Provinzialstände geregelt werden. Graf Bninski beantragt dasselbe für die Provinz Posen. Diese Amendements werden von

Herrn v. Bernuth, mit dessen Ausführungen auch der Reg.-Kommiss. Mac Lean sich völlig einverstanden erklärt, energisch bekämpft. Herr v. Below und Graf Zech empfehlen das erste, Graf Bninski das zweite, sein eigenes Amendement. Beide werden angenommen. Die §§ 62, 64, 66 u. 67 werden den Vorschlägen der Kommission gemäß genehmigt, § 63 u. 65 der Reg.-Vorlage gestrichen und dafür ein § 65a angenommen: „Die Stempel- und Gebührenfreiheit findet auf die Verhandlungen über öffentliche Wege und Kommunikations-Anstalten Anwendung." — Die Abstimmung über das Ganze wird bis zur neuen Redaction der Vorlage ausgesetzt.

Es folgt der Bericht der Commission für Eisenbahn-Angelegenheiten betreffend die Uebersicht des Handelsministers über den Fortgang des Baues, beziehungsweise die Ergebnisse der preußischen Staatsbahnen im Jahre 1863. Die Commission beantragt: Das Herrenhaus wolle beschließen, daß die vorliegende Uebersicht über den Fortgang des Baues u. s. w. unter Anerkennung der umsichtigen Leitung der gedachten Bahnen für erledigt zu erachten ist. Die Commission erklärt außerdem für wünschenswerth: die Anlegung der zweiten Geleise, die Hinausrückung der berliner Verbindungsbahn, die Förderung der Bahnen in den östlichen Provinzen, unter andern die Fortsetzung der hinterpommerschen Bahn über Köslin hinaus nach Danzig und die Verlängerung der Bahn Kolberg-Belgard nach Dirschau. — Herr v. Senden geht als Referent auf die Ausführungen der Commission ein. — Handelsminister Graf Itzenplitz bemerkt, daß er deren Wünschen gern entspreche. Der Zustand der berliner Verbindungsbahn sei allerdings unerträglich. Deßhalb sei der Plan entworfen, sie anders zu bauen, aber nicht vom Unterbaum nach dem Potsdamer-Thore zu, wie bisher, sondern auf der andern Seite um die Stadt herum, wo sie die Höhen durchschneiden und damit es ermöglichen werde, Ueberbrückungen vorzunehmen, sodaß die Verbindungsbahn fortan dem Verkehr nicht mehr hinderlich sein könne. Die Kosten seien auf 3 Millionen Thaler veranschlagt. — Die hinterpommersche Bahn habe man kaum nöthig ihm an's Herz zu legen; er habe in dieser Beziehung bereits alles Mögliche gethan und hoffe noch in dieser Session die betreffende Vorlage machen zu können. — Wenn die Bahn von Belgard nach Dirschau zu Stande komme, so werde er dies dankbar anerkennen und überhaupt seinerseits dem Unternehmen allen möglichen Vorschub leisten: Ob mit Erfolg, stehe dahin, aber Unterhandlungen seien eingeleitet. — Der Antrag der Commission wird angenommen. — Die Berathung über die Fischerei-Ordnung wird von der Tages-Ordnung abgesetzt. — Schluß der Sitzung 3½ Uhr. Nächste Sitzung: Montag; Tages-Ordnung: Commissionsbericht über das Berggesetz, Petitionen.

Berlin, 21. März. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Geheimen Ober-Regierungsrath Kühlenthal, vortragenden Rath im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, den rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Stabs- und Bataillons-Arzt Frost beim Rhein. Pion.-Bat. Nr. 8 die Schwerter zum rothen Adler-Orden vierter Klasse am weißen Bande, den Feuerwerkern Glaubitz und Martini von der 5. Art.-Brig., so wie dem Unteroffizier Simon und dem Grenadier Kowald vom 1. Westpreußischen Gren.-Regt. Nr. 6 das allgemeine Ehrenzeichen und dem studirenden Grafen August v. Doenhoff aus Friedrichstein im Landkreise Königsberg i. Pr. die Rettungs-Medaille am Bande; ferner dem Oekonomie-Commissarius Wehler zu Storkow den Titel Oekonomie-Commissions-Rath zu verleihen; und den Stadtrath und Kämmerer Hoppe in Thorn, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wahl gemäß, als unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Thorn für die gesetzliche sechsjährige Amtsdauer zu bestätigen.

Der Baumeister Wallrath Albert Schulze zu Görlitz ist zum kgl. Landbaumeister ernannt und demselben die technische Hilfsarbeiterstelle bei der kgl. Regierung zu Düsseldorf verliehen worden.

Der bisherige Gymnasial-Hilfslehrer Deckert ist als Lehrer an der königl. Waisen- und Schul-Anstalt zu Bunzlau angestellt worden.

Den Lehrern Dr. Laas am hiesigen Friedrichs-Gymnasium und Dr. Hanow am Gymnasium zu Sorau ist der Titel „Oberlehrer" verliehen worden.

Berlin, 21. März. Seine Majestät der König nahmen gestern im Beisein des Commandanten, General-Lieutenants v. Alvensleben I., militärische Meldungen, darunter die des General-Lieutenants von Prondzynski, Commandeur der 12. Division, des General-Majors von Goeben, Commandeur der 10. Division und des General-Majors Herzog von Raibor entgegen, und empfingen sodann den Vortrag des Wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-Raths Costenoble. Gegen 2 Uhr Nachmittags begaben sich Allerhöchstderselbe nach dem Schloß, um Sr. königl. Hoheit dem Prinzen Friedrich Karl zu Höchstdessen Geburtstag zu gratuliren, und empfingen um 4 Uhr den Ministerpräsidenten von Bismarck zum Vortrag.

Heute nahmen Se. Maj. der König den Vortrag des Staats-Ministers Freiherrn v. Bodelschwingh, und sodann in Gegenwart des kommandirenden Generals des Garde-Corps, Prinzen August von Württemberg, königliche Hoheit, und des Commandanten General-Lieutenants v. Alvensleben I. militärische Meldungen, darunter die des Generalmajors Grafen zu Dohna, Commandeur der 1. Cavallerie-Brigade, entgegen, und empfingen Ihre Durchlauchten den Prinzen Wilhelm von Hessen-Philippsthal-Barchfeld, den Prinzen Bernhard zu Solms-Braunfels, den Erbprinzen Ludwig von Bentheim, den Prinzen Heinrich XII. zu Reuß und den Fürsten Lichnowski, Darauf empfingen Se. Majestät den kommandiren General des 4. Armee-Corps, General der Infanterie v. Schack, und nahmen den Vortrag des General-Adjutanten General-Lieutenants Freiherrn von Manteuffel, und sodann den des Staats-Ministers Grafen Eulenburg entgegen.

[Ihre königl. Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin] kehrten gestern Nachmittags ¾ 2 Uhr von Stettin zurück, fuhren gleich darauf zur Gratulation bei Sr. königl. Hoheit dem Prinzeu Friedrich Karl und nahmen um 5 Uhr an dem Familiendiner bei Höchstdemselben Theil.

— Sicherem Vernehmen nach gedenkt Ihre königl. Hoh. die Frau Prinzessin Karl von Preußen in den nächsten Tagen von hier nach Pau abzureisen und Sich mehrere Wochen daselbst aufzuhalten. (St.-Anz.)

O. C. [Zu dem Antrage des Abg. Kerst wegen Aufhebung des Salzmonopols] ist von dem Abg. v. Richthofen, mit Unterstützung der conservativen Fraction, nachstehender Abänderungs-Vorschlag eingebracht, das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: 1) den Antrag der Commission für Finanzen und Zölle, sowie für Handel und Gewerbe in dem Bericht Nr. 75 der Drucksachen abzulehnen; 2) der königl. Staatsregierung zu empfehlen, die nöthigen Vorbereitungen zu treffen, um in Preußen und den verbündeten Zollvereinsstaaten das Salzmonopol aufzuheben und den entstehenden Einnahme-Ausfall durch eine Productions- und Eingangs-Abgabe vom Salze, soweit dies finanziell geboten erscheint, zu decken, dabei aber auf möglichste Freilassung des für landwirthschaftliche und gewerbliche Zwecke zu verwendenden Salzes Bedacht zu nehmen.

[Preßprozeß gegen die Nat.-Zeitung.] Vor dem Criminalsenat des Kammergerichts (3. Abtheilung) wurden am Montag drei Preßprozesse verhandelt Der erste betraf den Redacteur der „Nationalzeitung", Dr. Zabel, der sich nach dem Erkenntniß erster Instanz durch die Veröffentlichung zweier Leitartikel in den Nummern 441 und 469 der „Nat.-Ztg." des Vergehens gegen § 101 des Str.-G.-B. schuldig gemacht haben soll und deshalb zu 100 Thlr. Geldstrafe verurtheilt worden ist. — Der erste Artikel „Die Nichtbestätigung städtischer Wahlen" spricht gegen eine Verkümmerung des Rechts der Selbstverwaltung der Gemeinden, macht den Behörden den Vorwurf, daß sie das Wort des Gesetzes in Bezug auf das Bestätigungsrecht zum Nachtheil des Geistes desselben ausnutzen. — Der zweite Artikel „Die politischen Rechte der Beamten" macht den Behörden den Vorwurf, daß sie die politische Gesinnung zur Bedingung der Beförderung machen und daß sich die Beamten der Willkür beugen und sich nicht frei fühlen könnten. — Der Rechts-Anwalt Holthof begründet seinen Antrag auf Freisprechung durch ein näheres Eingehen auf die beiden Artikel in ihrem Zusammenhange, indem er behauptet, daß die Anklagen wegen Schmähung von Behörden auf einzelne aus dem Zusammenhange gerissene Stellen sich stützen, die in ihrem Zusammenhange sehr ruhig gehalten seien und nur als eine Warnung vor den Gefahren angesehen werden könnten, die sich herausstellen mußten, wenn man in einer solchen Weise fortfahre. — Der Gerichtshof erkannte an, daß die Artikel zwar im Allgemeinen im ruhigen Tone gehalten seien, aber doch an mehreren Stellen in Schmähungen der Behörden ausarteten. Er bestätigte daher das erste Erkenntniß.

[Preßprozesse gegen die „Protestant. Kirchenzeitung" und „Voss. Ztg."] Der Licentiat Krause aus Magdeburg, Redacteur der „Protestantischen Kirchenzeitung", und der Redacteur der „Vossischen Zeitung", Dr. Müller, sind der Schmähung von Anordnungen kirchlicher Behörden und Beleidigung derselben angeklagt, und Ersterer zu 25 Thlr., Letzterer zu 50 Thlr. Geldstrafe in erster Instanz verurtheilt, wogegen sowohl die Ober-Staatsanwaltschaft als die Angeklagten appellirt haben. — Die Ursache der Anklage ist ein von dem ersten Angeklagten verfaßter und in der Nr. 9 der „Protestantischen Kirchenzeitung" veröffentlichter Artikel, den die „Vossische Zeitung" in ihrer Nr. 54 abgedruckt hat. Der Artikel berichtet zunächst über einen in der Gemeinde zu Bahn ausgebrochenen kirchlichen Streit zwischen dem Superintendenten Petrich und einer kleinen Minorität in der Gemeinde einerseits und der Majorität des Gemeinde-Kirchenraths und der städtischen Behörde andererseits, der durch eine Verfügung des Consistoriums beigelegt werden sollte. Letztere rief einen Protest der Gemeinde in Bahn hervor, die sich hierbei auf den Standpunkt der Union stellte, die seit Jahren in der Gemeinde Bahn anerkannt und beim Amtsantritt des Superintendenten Petrich eigenmächtig und willkürlich von diesem verändert worden sei. Der Verfasser knüpft an diese Thatsache eine Kritik des Verfahrens des Ober-Kirchenraths, nach dessen Anordnungen das Consistorium in Stettin bei dieser Gelegenheit verfahren ist. In dieser Kritik hat nun die Staatsanwaltschaft vier Stellen gefunden, welche theils sowohl eine Schmähung kirchlicher Anordnungen, theils eine grobe Beleidigung des Ober-Kirchenraths enthalten sollten. Der erste Richter hat diese Vergehen nur in zwei Stellen gefunden und unter Annahme mildernder Umstände auf die angegebene Geldstrafe erkannt. Der Staatsanwalt Schmieden beantragt gegen Krause 4 Wochen, gegen Müller 14 Tage Gefängniß und Vernichtung der Artikel, wogegen Krause in einer ausführlichen Darlegung des Kampfes der Unionisten gegen die Uebergriffe orthodoxer Geistlicher jede Absicht der Schmähung und Beleidigung des Ober-Kirchenraths verneint. Er beantragt seine Freisprechung, welchem Antrage der Rechts-Anwalt Holthoff in Bezug auf Müller beitritt. — Der Gerichtshof bestätigt jedoch das erste Erkenntniß.

[Preßprozeß gegen die „Volksztg."] Gegen den Redacteur der „Volksztg.", Holdheim, war auf Grund des § 100 des Strafgesetzbuches Anklage erhoben wegen eines Correspondenz-Artikels aus Marienburg, in welchem die Befreiung der Mennoniten von der Wehrpflicht besprochen und mißfällig bemerkt war, daß sich dieselben für 6 Sgr. pro Kopf und Jahr vom Militärdienst loskauften. In der ersten Instanz war Holdheim freigesprochen. — Der Staatsanwalt Schmieden hielt die Ansicht des ersten Richters nicht für gerechtfertigt, da den Mennoniten außer den 6 Sgr. pro Kopf für Befreiung vom Militärdienst noch eine ganze Reihe anderer Lasten auferlegt sei, was in dem Artikel absichtlich verschwiegen worden. Er beantragt auf Grund des Art. 100 event. 101 des Strafgesetzbuches wegen Entstellung von Thatsachen 60 Thlr. Geldbuße event. 4 Wochen Gefängniß. — Der Gerichtshof erkannte aus § 100 des Strafgesetzbuches auf 50 Thlr. Geldbuße event. 4 Wochen Gefängniß.

Stettin, 20. März. [Der Kronprinz nnd das Landwehr-Offizierfest.] Es hat einiges Aufsehen erregt, daß Se. kgl. Hoheit der Kronprinz, welcher allen hiesigen militärischen Festlichkeiten seine Anwesenheit geschenkt hatte, nicht zu dem am 16. d. Mts. gefeierten Landwehr-Offizierfeste gekommen, ungeachtet man die Feier seinetwegen einen Tag früher abhielt. Die „Oderzeitung" berichtet darüber:

„Wie man sich in der Stadt vielfach erzählt, erklärte der persönliche Adjutant des Kronprinzen, Chef des Generalstabes Oberst Petersen, dem mit der persönlichen Einladung beauftragten Offizier, er werde ihn nicht beim Kronprinzen melden und die Verantwortung dafür auf sich nehmen. Seiner Zeit werde er dem Kronprinzen schon Mittheilung machen, daß Se. königl. Hoheit zu dieser Festlichkeit eingeladen gewesen."

Dieses Gerücht klingt sehr unwahrscheinlich, um so wünschenswerther wäre eine authentische Erklärung. (Ostsee-Ztg.)

Deutschland.

Karlsruhe, 16. März. [Ein offizieller Artikel gegen den Hirtenbrief.] Das officielle Organ der badischen Regierung enthält folgenden, den neuesten Hirtenbrief des Erzbischofs von Freiburg betreffenden, resp. rectificirenden Artikel:

„Der neueste Hirtenbrief bespricht die mannheimer Vorfälle von seiner Seite. Es lobt das gesetzliche Verhalten der s. g. wandernden Casinos und tadelt mit Strenge die dortigen Excesse. Gewiß wird zu der ernsten Mißbilligung der vorgefallenen Excesse Jedermann seine Zustimmung geben, aber die Gerechtigkeit verlangt, daß diese Mißbilligung auch nach der Seite ausgesprochen wird, von welcher der erste Anstoß zu diesem beklagenswerthen Ereignisse ausging. In der ganzen Welt gilt als erster Venanlasser Derjenige, der zu gesetzwidrigen Unternehmen sich herandrängt. Diese ersten Veranlasser sind aber hier Die, welche das wandernde Casino nach Mannheim führten. Die Behörden hatten ausgesprochen, daß die Volksversammlung in der Kirche, als dem Vereinsgesetz und, wie wir beifügen, jeder guten Sitte zuwiderlaufend, nicht stattfinden dürfe. Die ursprünglichen mannheimer Leiter der Versammlung hatten sie darauf öffentlich abbestellt. Ein namenloses Inserat sagte, sie finde doch statt; auch ihm gegenüber hat die Behörde ihr Verbot in den öffentlichen Blättern wiederholt. Keine Anzeige kam an die Behörde, daß die Versammlung an einem andern Orte abgehalten werde, wie das Vereinsgesetz doch vorschreibt, und wir erfahren von den Parteiblättern der Casinopartei selbst, daß kein mannheimer Lokal für sie bereit stand. Wie konnte unter diesen Umständen die obdachlose, von der Behörde ausdrücklich untersagte und nicht neuerdings angezeigte Versammlung doch nach Mannheim vor die Kirche geführt werden? War dies gesetzlich oder müßte nicht vielmehr die Frage entstehen, ob die strengen Strafen des Vereinsgesetzes nicht wegen dieses Versuchs einer verbotenen Versammlung auf das Haupt der dem Gesetze und den Behörden trotzenden Veranstalter fallen sollte?

Die großh. Regierung sieht darin keine Rechtfertigung der vorgefallenen Excesse, welche sie ernstlich zu rügen nie angestanden hat, und über welche die Untersuchung unseres Wissens mit Eifer geführt wird. Diese Untersuchung dürfte indessen zugleich nachweisen, daß die einzelnen Vorfälle in einer Weise übertrieben dargestellt werden, wie sie nur die heftigste Parteileidenschaft zu fälschen vermag und daß durchaus nicht immer aus der Mitte der mannheimer Bevölkerung die Ursachen der ärgerlichen Auftritte hervorgegangen sind. Wir bescheiden uns hiernach mit dem Schluß, daß der erste und herbste Vorwurf Denen gebührt, welche mit Mißachtung des Gesetzes und der Autorität der Behörden in Mannheim ein der Bevölkerung widerwärtiges Schauspiel aufführen wollten, und erst wenn dieser Tadel ausgesprochen ist, der vor Allem Diejenigen trifft, welche die Zuzüge führten, kann es für die erzbischöfliche Curie ein Recht geben, in die Verurtheilung der folgenden Auftritte zu stimmen, welche die großh. Regierung selbst denselben zu Theil werden läßt."

Altona, 21. März. [Ernennung.] Das neueste schleswig-holsteinsche „Verordnungsblatt" enthält die Ernennung des früheren preußischen Staatsanwalts v. Stemann zum Chef der dritten Section der Landesregierung.

Dänemark.

† **Kopenhagen,** 17. März. [Die Eisenbahnverbindung mit Deutschland.] Das Zustandekommen einer directen Eisenbahnverbindung zwischen Kopenhagen und Hamburg über die dänischen Inseln Seeland, Falster und Lolland sammt der an der holsteinischen Ostküste belegenen Insel Fehmarn (die Meerengen zwischen den dänischen Inseln wie auch der Fehmarsund würden überbrückt und die zwischen der Südspitze Lollands und der Nordküste Fehmarns belegene Meeresstrecke von 2½ bis 2¾ Meilen würde vermittelst einer Dampffähre zurückgelegt werden) ist bei weitem nicht so gesichert, als dies in einem nach Deutschland gelangten kopenhagener Telegramm angedeutet worden ist. Dem dänischen Reichstage ist bis jetzt von dem Ministerium keinerlei desfallsige Mittheilung gemacht worden, und von den hiesigen Blättern hat sich bis jetzt keines für das Project ausgesprochen; auch steht von der letzteren Seite kaum ein günstigeres Urtheil in Aussicht, da die Blätter bekanntlich deshalb gegen die Eröffnung der Postdampfschifffahrt zwischen Korsör und Kiel opponirten, weil die letztere Stadt sich stets so sehr schleswig-holsteinisch gesinnt gezeigt hätte.

Australien.

Wellington (Neuseeland), 14. Jan. [Proclamation des Gouverneurs.] Als vor 8 Monaten das vorige Ministerium seinen Abschied einreichte, gab es als den Grund seines Rücktrittes die Verwerfung einer wichtigen Maßregel an, welche es dem Gouverneur als eine dringende Nothwendigkeit empfohlen hatte. Zum großen Erstaunen der Colonie hat nun der Gouverneur, Sir George Grey, dessen Ansichten von der Sachlage also mittlerweile umgeschlagen sein müssen, eine Proclamation erlassen, welche jenen verworfenen Rath — die Ländereien der aufständischen Eingeborenen zu confisciren — in Ausführung bringt. Ihren wesentlichsten Paragraphen nach lautet die vom 17. Dezember aus Auckland datirte Proclamation:

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Gouverneur alles Land im Waikada-District, welches die k. Truppen besetzt haben und von welchem die rebellischen Eingeborenen vertrieben worden sind, als Kronland zurückhalten wird (folgt die spezificirte Angabe der Grenzlinien). Die Ländereien derjenigen Eingeborenen, welche der Königin treu geblieben sind, werden ihnen gesichert werden, und denjenigen, welche sich empört haben, aber sich jetzt sofort der Autorität der Königin unterwerfen, werden Theile des Landes für sie selbst und ihre Familien zurückgegeben werden. — Der Gouverneur wird auf diejenigen, welche sich ruhig verhalten, keinen weiteren Angriff machen. — Diejenigen, welche sich fernere Gewaltthätigkeiten zu Schulden kommen lassen, wird der Gouverneur züchtigen, wie er die Waikado-Stämme gezüchtigt hat. — Der Gouverneur wird gleichermaßen in dem Bezirke zwischen Wanganui und New-Plymouth, sowie in der Provinz Taranaki solches, den Rebellen gehörendes Land in Besitz nehmen und behalten, wie es ihm angemessen erscheinen wird. — Es knüpfen sich hieran einige Bestimmungen über die Anlage von Straßen über die ganze Insel hin und über den Besitz von Straßen. Allen, die in Frieden und Freundschaft verblieben sind und verbleiben werden, sichert der Gouverneur den vollen Besitz und Genuß ihrer Ländereien zu. — Der Gouverneur schließt von der Amnestie alle diejenigen aus, welche irgendwie bei dem Morde von Weibern und Kindern oder bei dem verrätherischen Morde unbewaffneter Männer betheiligt gewesen sind.

Der Amnestie-Erlaß, welcher am 10. Dezember abgelaufen ist, hat nur sieben Eingeborene angelockt. Sechs derselben sollten sechszig andere Rebellen repräsentiren; doch erscheint diese Sache jetzt ein wenig räthselhaft. Keiner von ihnen hatte Ländereien abzutreten.

[Die neue Religion (Pai-marire, d. i. friedliebend), welche vor einem Jahre in Taranaki aufgetaucht ist, hat nördlich von Wanganui rasche Fortschritte gemacht. Sie ist nicht, was ihr Name andeutet, sondern ein Mischmasch des alten Glaubens mit Reminiscenzen aus der Bibel und einigen schlau ersonnenen und dem Charakter der Zeit angemessenen Fabeln. Die Jungfrau Maria und der Erzengel Gabriel sind ihre Hauptgottheiten; und von diesen haben sie die Versicherung erhalten, daß sie schließlich wieder in den Besitz der ganzen nördlichen Insel treten werden, und ferner den Befehl, die Bibel zu verbrennen, die Missionäre zu verachten und sich auf die Zeit zu rüsten, da ihnen die Sprache und die Künste des Pakeha (der Ausländer) von der himmlischen Heerschaar in einer Lection beigebracht werden sollen. In Thompson's und Reviw's Stämmen scheint das Christenthum gänzlich untergegangen zu sein.

Breslau, 22. März. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Schießwerder Nr 8 eine grün und roth gestreifte Pferdedecke; einem Brunnenmacher-Gehilfen, während seines Verweilens in einem in der großen Feldgasse belegenen Restaurations-Keller ein Portemonnaie, in welchem sich ein Lotterie-Loos Nr. 78,709 und 7 Thaler 20 Sgr. baares Geld befanden.

Verloren wurden: ein Militär-Loosungsschein, auf Karl Potyka lautend; ein Portemonnaie mit circa 5 Thaler Inhalt; ein Portemonnaie, in welchem sich sieben russische und zwei hamburger Silbermünzen, zwei Blechmarken und verschiedene preußische Münzsorten befanden.

Gefunden wurden: ein Gesindedienstbuch, auf Louise Heerde lautend; ein Gesindedienstbuch, auf Anna Linder lautend; ein Armband aus galvanisch vergoldeten dänischen Kupfermünzen bestehend. (Pol.-Bl.)

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

Posen, 17. März. [Das neue prachtvolle Realschulgebäude], Ein Geschenk unseres Landtags-Abgeordneten, Rittergutsbesitzers Berger, nähert sich, wie der „Bromb. Patr. Ztg." berichtet wird, seiner Vollendung. Die Uebersiedelung der Schule findet im Sommer statt. Im alten Gebäude wird dann eine zweite Mittelschule, nach dem Muster der, unter des vortrefflichen Rector Hielscher Leitung blühenden bisherigen Mittelschule eingerichtet werden. Es war beantragt worden, für alle städtischen Elementarschulen, in denen der Unterricht bisher frei war, ein mäßiges Schulgeld einzuführen. Aber die Stadtbehörden haben sich schließlich doch für die Beibehaltung des unentgeltlichen Elementar-Unterrichts entschieden, zugleich jedoch beschlossen, durch die Errichtung der zweiten Mittelschule solchen Eltern, welche ein geringes Schulgeld geben können und wollen, Gelegenheit zu bieten, ihren Kindern einen vollkommeneren Unterricht, als die Volksschule ihn zu bieten vermag, ertheilen zu lassen.

Aus dem Kreise Obornik, 19. März. [Ein Loyalitätsadreßler auf Reisen.] In einem kleinen Städtchen unseres Kreises hat der Bürgermeister staatsstreicherische Ideen. Selbiger Bürgermeister hat nun eine Adresse entworfen, des Inhalts, Se. Majestät der König wolle gnädigst geruhen, die demokratisch infizirten Abgeordneten davonzujagen, und um diesen Hauptsatz schleichen die anderen unterthänigsten Sätze, wie die Katze um den heißen Brei. Auch haben sich der unterschreibseligen Patrioten zehn oder zweimal zehen mit Unterschrift oder Kreuzen gefunden und, glücklich darüber, sucht der Adreßler, in Ermangelung in seinem speciellen Amtskreise wohnhafter loyaler Politiker, auch andere Bezirke heimzusuchen. Aber „mit des Geschickes Mächten ist kein enger Bund zu flechten." Ein Amtsgenosse des besagten Herrn empfängt ihn zwar sehr freundlich, lehnt aber seine Unterschrift „sanft und keck" ab und befiehlt dem einen Amtsdiener, eine Verordnung, daß „bei Vermeidung von 5 Thl. Strafe die Ortsschulzen des betreffenden Districts keine Gemeindeversammlung abhalten sollen", in den zugehörigen Ortschaften schleunigst anzukündigen, dem andern aber, daß er dem Hrn. Bürgermeister überall nachreite, und sofern dieser irgendwo in seinem Bezirke versuchen wolle, Unterschriften zu seiner Adresse zu sammeln, ihn ohne Weiteres festzunehmen und ins Gefängniß zu stecken. Ob das Ende vom Liede eine 24stündige Haft des Hrn. Bürgermeisters, beiläufig eines eifrigen Beobachters der Windrose, oder die Ueberreichung einer von der „Norddeutschen" und der „Kreizzeitung" protegirten Adresse sein wird, ist mir zur Zeit noch nicht bekannt. (Ostd. D.)

Obornik, 15. März. [Erbschaft.] Seit einigen Tagen werden hier seitens des Magistrats Nachforschungen nach den Erben eines vor vielen Jahren hier ansäßig gewesenen und dann nach Amerika ausgewanderten Secretärs Kahn betrieben. Es handelt sich um eine enorme Erbschaft, man spricht — wohl übertrieben! — von zwölf Millionen Dollars, welche der letzthin verstorbene Secretär, welcher in seinem neuen Aufenthaltsorte als Justizrath fungirt haben soll, hinterlassen hat. Da der Verblichene gar keine Verwandte am hiesigen Orte hatte, so werden die Behörden vermuthlich einen Aufruf ergehen lassen, — lachenden Erben ist ein goldenes Feld offen! (Ostd. Z.)

Vorträge und Vereine.

—* **Breslau,** 21. März. [Gewerbeverein.] In der gestrigen Versammlung erläuterte Hr. Disponent Herrmann Schultze die Uhrenfabrikation, deren fortschreitende Entwickelung geschichtlich dargelegt wurde. Der Vortrag, obwohl manchmal vorwiegend technisch gehalten, war doch im Allgemeinen wohl verständlich und gewährte selbst dem Laien ein annähernd deutliches Bild jener wichtigen Industrie, die seit einem Jahrzehnt etwa auch in unserer Provinz einbürgert ist. In Lähn werden durch die Eppner'sche Fabrik, deren Uhren den Vergleich mit den ausländischen nicht mehr scheuen dürfen, mehrere hundert Arbeiter lohnend beschäftigt. Den fabrikmäßigen Betrieb, welcher bei der ihm eigenthümlichen Theilung der Arbeit, jeden tüchtigen Verfertiger eines Stückes seine Freude daran empfinden läßt, will Redner ein anderesmal schildern. Für diesmal begnügte er sich mit der interessanten Darstellung der verschiedenen Systeme, wonach die mannichfaltigen Uhrwerke seit den ältesten Zeiten construirt und vervollkommnet wurden. So gedachte er der Wasser-, Sand- und Sonnen-Uhren, der Pendel-, Cylinder-, Repetir- und Anker-Uhren, Chronometer u. s. w. Sehr anschaulich wurde der complicirte innere Bau durch die Skelet-Uhr, welche Redner nebst anderen seltenen Exemplaren und Modellen aus der Sammlung eines Liebhabers vorzeigte. Nächst den Mittheilungen, welche aus dem Central-Gewerbeverein bekannt sind, erwähnte Herr Dr. Herm. Cohn seiner Erklärung, die er bezüglich des neuen, angeblich nach der Analyse des Dr. C. fabrizirten Tranks in den öffentlichen Blättern abgegeben hatte.

□ **Breslau,** 21. März. [Handwerkerverein.] Kaufm. Zwettels erläuterte in der gestrigen Versammlung den zahlreichen Zuhörern in gedrängter Kürze die Grundzüge der Buchführung unter stetem Bezug auf gedruckte Schemata der verschiedenen Bücher-Anlagen, die von ihm auf seine

Kosten nach Salomon's desfallsigem Leitfaden aufgestellt und zu Anfang der Sitzung unentgeltlich an die Mitglieder vertheilt worden waren. Von Mittheilungen, die gestern gemacht wurden, heben wir zwei hervor: 1) daß der gesellige Abend Sonnabend den 1. April probeweise im Springer'schen Saal stattfinden solle, diesmal ohne Tanz, indeß der nächstfolgende den Tanzlustigen Genüge schaffen wird; 2) daß die Liste der Unterschriften für Zeichnen-Unterricht jetzt 12 Namen zähle und Vorstand und Lehrerschaft für einen Lehrer sorgen werden. Einige Fragen betrafen den Reisenden Benjamin III., der nach Mittheilung des Mitgliedes Lindner der deutschen Sprache nicht so mächtig sei, um einen Vortrag im Verein zu halten. (Seine Reisen in Daghestan werden aber nächstens in einer deutschen Uebersetzung im Druck erscheinen.) Eine Anzahl Fragen wurde für einen späteren Abend vorbehalten.

⊗ **Leobschütz.** [Philomathie.] Am 25. Oktober 1864 wurde für das Winter-Semester die erste Sitzung der Philomathie abgehalten, und zugleich zur Wahl des neuen Vorstandes geschritten; zum Vorsitzenden wurde Prof. Dr. **Fiedler** gewählt. Den ersten Vortrag hielt Oberlehrer Dr. **Winkler** über den italienischen Volkscharakter. In der zweiten Sitzung am 8. November 1864 hielt Prof. Dr. **Fiedler** einen Vortrag über ein Stück Mathematik zur Erläuterung über Differenzial- und Integral-Rechnung, und versuchte denselben durch Tafelzeichnung klar zu machen. Am 22. Novbr. las Candidat Dr. **Taube** nach einem Vortrage des Prof. Dr. **Vahlen** über Laurentius Valla, und am 7. Dez. sprach Collaborator **Schönhuth** über die Hochzeitsgebräuche der Griechen und Römer, am 20. Prof. Dr. **Fiedler** über das Thema: „Wo kommt der Wind her und wo geht er hin?" Am 10. Januar 1865 hielt Collaborator **Schönhuth** einen zweiten Vortrag über die Todtenbestattung der Griechen und Römer. Den 24. Januar sprach Collaborator **Gudermann** über die Gebrüder Jacob und Wilhelm Grimm. Den 14. Febr. las Prof. Dr. **Fiedler** den Vortrag des Prof. Dr. Cohn über den Staubfall vom 22. Januar 1864 vor, der auch hier beobachtet worden ist, und erläuterte darauf den Morse'schen Schreib-Telegraphen an einem Apparate. Herr Telegraphen- und Post-Secretär **Wenzel** erklärte das telegraphische Alphabet und experimentirte mit dem Apparate. Am 1. März hielt Dr. **Holländer** einen Vortrag zur Frage über die Entstehung von Organismen und über die Darwin'sche Schöpfungs-Theorie. Am 14. März theilte Herr **Weiß** eine Episode aus der Regierungsperiode Kaiser Joseph II. mit. Den letzten Vortrag wird am 28. März Herr Kreisphysikus Dr. **Knop** über den Selbstmord und dessen Vorbeugungsmittel halten, und damit werden die Sitzungen für diesen Winter geschlossen.

4 **Leobschütz.** Da in diesem Jahre die Gasbeleuchtung zu Leobschütz ins Leben tritt und nur Wenigen der Prozeß klar sein dürfte, so hielt Prof. Dr. **Fiedler** für das größere Publikum im Gymnasial-Saale eine Vorlesung über Gasbeleuchtung, stellte Kohlenwasserstoff aus absolutem Alkohol und Schwefelsäure dar, zeigte einen vollständigen Apparat zur Bereitung aus Kohlen vor und stellte dann das Gas aus demselben dar, welches im Brenner verbrannte. Die Vorlesung war zahlreich besucht.

Schützen- und Turn-Zeitung.

pp. **Breslau,** 18. März. [Die ordentliche alljährliche Hauptversammlung des ältern Turnvereins] fand gestern Abend im Café restaurant statt. Der zeitige Vorsitzende, Herr Prof. **Haase**, eröffnete die Sitzung mit mehreren Mittheilungen. Was nun die Rechnungslegung betrifft, so trug der zeitige Kassenwart, Kaufm. **Neugebauer**, die Kassenverhältnisse vor. Bestand vom vorigen Vereinsjahre 88 Thlr. 21 Sgr. 10 Pf. Dazu Mitglieds-Beiträge 647 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf., von den Zöglingen 18 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf. Einschreibegebühren 145 Thlr. 28 Sgr. 10 Pf. Ueberschuß vom Turnfest am 21. August 1864 26 Thlr. Depot von dem Schleswig-Holstein-Gelde 150 Thlr. Im Ganzen eine **Einnahme** von 1021 Thlr. 5 Sgr. 1 Pf. **Ausgabe:** Miethe für den Turnsaal 150 Thlr. Beleuchtung 118 Thlr. 2 Sgr. 10 Pf. Geräthe 56 Thlr. 14 Sgr. 9 Pf. Drucksachen und Porto 71 Thlr. 15 Sgr. Fest-Unkosten 42 Thlr. 14 Sgr. Für den Ankauf von Büchern 35 Thlr. 7 Sgr. Zur Kapitalisirung 209 Thlr. 14 Sgr. 9 Pf. Kassenbestand 11 Thlr. 29 Sgr. 5 Pf. In Summa 1021 Thlr. 5 Sgr. 1 Pf. Das in das Vereinsjahr zu übertragende Vermögen beträgt 882 Thlr. 20 Sgr. 11 Pf. Auf Antrag der Rechnungs-Revisoren wird dem Kassenwart Decharge ertheilt. Ebenso wird dem scheidenden Vorstande durch Aufstehen von den Plätzen der Dank für sein mühevolles Wirken votirt. Die Vorstandswahl ergab nun folgendes Resultat: Zum Vorsitzenden wurde wiederum Prof. Dr. **Haase**, zu dessen Stellvertreter Realschullehrer Dr. **Wossidlo** (trotz schriftlicher Bitte von ihm, die Wahl auf einen Andern fallen zu lassen), zum Turnwart Turnlehrer **Rödelius**, zu dessen Stellvertreter Rector Dr. **Bach**, zum Kassenwart Kaufm. **Neugebauer**, zum Schriftwart Bureauvorsteher **Joachimssohn** gewählt; zu Beisitzern Kaufm. **Schultze**, Dr. **Nagel**, Schneidermstr. **Heidemann** I., Kaufm. **Blasche** und Bureau-Beamteter **Berger**. Zu Gautag-Deputirten: Prof. Dr. **Haase**, Kaufm. **Schultze**, Dr. **Wossidlo**, Turnlehrer **Rödelius**, Gymnasiallehrer **Störmer**, Rector Dr. **Bach**, Dr. **Fedde** und **Werner**. Zu Rechnungs-Revisoren: **Gebel**, **Haußmann** und **Sußmann**. Die Gautag-Deputirten wurden durch Acclamation, die übrigen Beamteten des Vereins durch Stimmzettel gewählt. Von den Mittheilungen erwähnen wir die des Dr. **Bach**, wie Turnlehrer **Böttcher** aus Görlitz in der Osterwoche Mittwoch, Donnerstag und Freitag Vorm. von 9—11 und Nachmittag von 3—5 Uhr einen Stoßfechtkursus für die grade zu dieser Zeit sich hier aufhaltenden Turnwarte und Turnlehrer Schlesiens abhalten will. Hauptturnlehrer **Rödelius** macht Mittheilungen über das hier in diesem Sommer abzuhaltende Turnfest. Zwei Drittel der Turnvereine Schlesiens haben bereits beistimmende Erklärungen abgegeben. Von weiteren Beschlüssen erwähnen wir: Künftig muß für jede neu auszufertigende Mitgliedskarte, falls die alte verloren gegangen ist, 2½ Sgr. erlegt werden. Der Antrag, das Eintrittsgeld (10 Sgr.) bei der glänzenden Kassenlage des Vereins fallen zu lassen, wird nicht zum Beschlusse erhoben. — Den Verunglückten auf **Alsen** — **Sonderburg** — werden aus dem Schleswig-Holstein-Fonds 50 Thlr. bewilligt. — Schluß der Hauptversammlung nach Mitternacht.

⊙ **Lauban,** 18. März. Der oberlausitzer **Gauturntag** wird Sonntag den 23. April hier stattfinden. Sonnabend den 22. wird Turnlehrer **Böttcher** aus Görlitz, der seit Dr. **Bach**'s Weggang Gauturnwart ist, den Vorturnern der zum Gaue gehörigen Vereine theoretische und praktisch Unterweisung ertheilen. Die von dem Vorort Lauban zunächst auf die Tagesordnung des Turntages gesetzten Anträge gehen dahin: 1) das Gauturnfest wie in den 2 Vorjahren ausfallen zu lassen und statt dessen den Vereinen die Beschickung des Kreisturnfestes in **Breslau** an's Herz zu legen; 2) zwei Gauturnfahrten zu veranstalten, deren eine den heidersdorfer Spitzberg, die andere die tiefenfurter Haide zum Ziele haben soll. Diese Turnfahrten haben sich in den Vorjahren vorzüglich bewährt und werden zur Nachahmung empfohlen. Die mit den Märschen und dem Kriegsspiel verbundenen Strapazen wecken den echt turnerischen Sinn und die Mannszucht; das einen ganzen Tag währende ungezwungene Beisammensein der Turner in Wald und Flur bringt die Herzen und Geister einander näher und erregt echt jugendliche Lust und Heiterkeit, an der auch die älteren Turner freudigen Antheil nehmen; und da alle Turner gesunde Kehlen und zwei Vereine im Gau, der langenölser und der schönberger, eine Musikkapelle haben, so heißt es denn auch:

Da tönet Gesang und der Hörner Klang
So lustig den weiten Forst entlang.

Haben die Turnfahrten einen Ort zum Ziele, in welchem ein Turnverein besteht, so wird dort ein keines Turnfest extemporirt, das oft einen angenehmeren Eindruck zurückläßt als die vorher feierlichst beschlossenen und mit großem Aufwand des festgebenden Ortes in Scene gesetzten. — Der dritte Punkt der Tagesordnung wird das **Feuerwehrwesen** sein, und es werden den Vereinen neue Anregungen gegeben, wie auch in den kleinsten Städten, in denen ein Turnverein besteht, aus diesem eine Feuerwehr gebildet werden kann. Wie allgemein anerkannt, kann gerade auf diesem Gebiete jeder Turnverein die erfolgreichste Thätigkeit zu Nutz und Frommen ganzer Gemeinden entfalten. Lauban wird natürlich die paktischen Uebungen seiner Kletterriege wieder vorführen, an denen zuletzt die besten Turner der auswärtigen Vereine versuchsweise theilnehmen. Uebrigens haben neuerdings die städtischen Behörden auch für die Abtheilung der Räumer 54 Thlr. zur Anschaffung von Kappen bewilligt, was dankend anerkannt werden muß. Sehr bedauernswerth aber ist der Weggang des Dr. **Zehme** für den Verein, dessen Rettungswart er seit seiner Gründung war und dessen Interessen er nach allen Seiten mit gewohnter Energie wahrgenommen.

⊗ **Landeshut,** 19. März. [Der diesjährige Gautag des Riesengebirgs-Turngaues] fand heute im Gasthofe „zu den drei Bergen" hierselbst statt. Der Vorsteher des Vorortes, Herr Kaufmann **Methner** von hier, eröffnete Vormittags nach 11 Uhr die Versammlung mit einer herzlichen Begrüßung der erschienenen Deputirten und sonstigen Mitglieder der verschiedenen Vereine, und überreichte sodann im Namen der Letzteren dem Gauvorstands-Mitgliede und Vorsteher des hirschberger Turnvereins, Herrn Prorector **Thiel** aus Hirschberg, der zu Ostern seiner Berufung als Gymnasial-Director in Luckau folgt, und dessen Verdienste um das Turnwesen die allgemeinste Anerkennung finden, das sehr geschmackvoll gefertigte Diplom als Ehrenmitglied des Riesengebirgs-Turngaues. Herr Thiel dankte herzlich mit dem Bekenntniß, daß ihm das Scheiden aus dem Kreise seiner hiesigen Turnfreunde sehr schwer falle, da ihm die Turnerei eine Lebensaufgabe sei. — Als Vertreter der Gauvereine zu Hirschberg, Bolkenhain, Schmiedeberg, Liebau, Grunau, Schönau und Landeshut waren 15 Deputirte erschienen, deren Vollmachten geprüft und für richtig befunden wurden. Warmbrunn und Greiffenberg hatten keine Vertreter geschickt. — Bei der nun folgenden Berathung über eine anderweitige Verwendung der im v. J. für die Sache Schleswig-Holsteins nach Leipzig gesendeten Gelder im Betrage von 50 Thlr. beschloß die Versammlung, ⅓ für das Jahndenkmal und ⅓ für die Jahnstiftung zu verwenden, das letzte Drittel aber für die Gaukasse zu reclamiren. — Ferner entschied man sich dafür, aus Rücksicht auf das in Breslau stattfindende Provinzial-Turnfest in diesem Jahre kein Gauturnfest abzuhalten, dagegen eine recht zahlreiche Betheiligung des Gaues an Ersterem zu erstreben. — Was die Functionen des am letzten Herbst-Gautage beschlossenen Gau-Ehrenrathes anbelangt, so ging nach längerer Debatte aus mehreren Anträgen und Amendements folgender einstimmige Beschluß hervor: „Der Ehrenrath entscheidet in Streitigkeiten des Gaues, und wenn eine Spaltung innerhalb eines Vereines eingebrochen ist, zwischen den streitenden Parteien auf Antrag eines der betheiligten Vereine resp. einer der Parteien, soweit die Gau- resp. Vereinsstatuten nicht ausreichen, und hat jede Partei sich der Entscheidung des Ehrenrathes zu unterwerfen. Im letzteren Falle, wenn nämlich zwei Parteien streiten, hat der Gauvorstand, wenn er es überhaupt für angemessen hält, die Sache in seine Hand zu nehmen, vor der Berathung eine Anfrage bei der andern Partei zu stellen, ob sie sich der Entscheidung des Ehrenrathes unterwerfen werde. Bei Verweigerung der Unterwerfung hat der Gauvorstand das Recht, die verweigernde Partei aus dem Gaue auszuschließen." — Die hierauf zum Vortrage gebrachte **Gau-Statistik** hatten die Herren: Rechtsanwalt **Lüke** und Post-Secretär **Malisius** sehr sorgfältig entworfen, und es wurde ihnen der Dank der Versammlung. — Als nächster Vorort wurde Bolkenhain resp. Schönau bestimmt, falls Bolkenhain, worüber die betreffenden Deputirten nicht entscheiden wollten, ablehnen sollte. — Die **Jahresrechnung**, zu deren nachträglicher Prüfung statutenmäßig 3 Revisoren gewählt wurden, schloß mit einem Bestande von 171 Thlr. 8 Sgr. 4 Pf. — Nach Schluß der Berathungen vereinigte ein gemeinsames Mittagsbrot in gemüthlicher Weise die Anwesenden, worauf um 4 Uhr der hiesige Verein ein Schauturnen arrangirte. Die Leistungen der Turner waren sehr gut und fanden vielen Beifall der Zuschauer. Somit verfloß der Turntag, den eine große Einmüthigkeit der Theilnehmer charakterisirte, in angenehmster Weise, bis der hereingebrochene Abend das Scheiden der Auswärtigen zur Nothwendigkeit machte.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Lissabon, 21. März. Aus Montevideo vom 7. d. wird gemeldet; Der brasilianische Admiral hat annehmbare Kapitulations-Vorschläge von Montevideo erhalten. Montevideo wird kampflos erobert werden. (Wolff's T. B.)

Flensburg, 21. März. Wie die „Nordd. Z." meldet, findet heute Abend zur Vorfeier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs von Preußen großer Zapfenstreich und Fackelzug statt.

Auch in den meisten übrigen Städten beider Herzogthümer wir die Geburtstagsfeier Sr. Majestät heut Abend mit Zapfenstreich und morgen Früh mit großer Reveille eingeleitet werden.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 21. März 10 U. Ab.	332,58	—7,0	O. 1.	Heiter.
22. März 6 U. Mrg.	330,73	—9,0	SO. 1.	Heiter.

Breslau, 22. März. [Wasserstand.] O.-P. 15 F. — Z. U.-P. 2 F. 6 Z. Eisstand.

△ **Neisse.** Wie unser „Sonntagbl." meldet, werden im Laufe dieses Sommers, Juni oder Juli, wie im Jahre 1855, mit Benutzung der hiesigen Festungswerke Belagerungs-Manöver in weiterem Umfange stattfinden, wozu außer dem niederschlesischen Pionnier-Bataillon Nr. 5 auch eine Garde-Pontonier-Compagnie hier eintreffen soll.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 21. März, Nachm. 3 Uhr. Der Credit-Mobilier war fortwährend angeboten und dominirte die heutige Börse. In Folge davon war die Stimmung flau und das Geschäft unbelebt. Die Rente eröffnete matt zu 67, 15, hob sich auf 67, 20, wich dann bis 67, 17½ und wurde schließlich zur Notiz gemacht. Die Haltung der Börse war beim Schlusse eine bessere, jedoch blieb das Geschäft unbelebt. Consols von Mittags 1 Uhr waren 89⅜ gemeldet. **Schluß-Course:** 3proz. Rente 67, 20. Ital. 5proz. Rente 64, 60. 3proz Spanier 44. 1proz. Spanier 41. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 437, 50. Credit-Mob.-Aktien 867, 50. Lomb. Eisenb.-Aktien 550, —.

London, 21. März, Nachm. 4 Uhr. Schönes Wetter. Consols 89¼. 1proz. Spanier 40¾. Sardinier 77. Mexikaner 26⅜. 5proz. Russen 88½. Neue Russen 88½. Silber 61. Türk. Consols 52⅞. 6proz. Ver. St.-Anl. pr. 1862 52⅞. Hamburg 3 Monate 13 Mk. 8¾ Sh. Wien 11 Fl. 47½ Kr.

Wien, 21. März, Nachm. 2 Uhr. Wenig Geschäft. **Schluß-Course:** 5proz. Metall. 71, 35. 1854er Loose 88, 75. Bank-Aktien 802. Nordbahn 181, 30. Nat.-Anl. 78, 20. Creditaktien 183, 60. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 194, 60. Galizier 219, 75. London 111, 60. Hamburg 83, 50. Paris 44, 45. Böhm. Westbahn 162. Credit-Loose 128, 60. 1860er Loose 93, 50. Lombard. Eisenbahn 243, —. Neues Lotterie-Anl. —, —.

Frankfurt a. M., 21. März, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Ziemlich fest, aber sehr stille. **Schluß-Course:** Wiener Wechsel 105¾. Finnländische Anleihe 86. Neue 4½prozent. Finnländische Pfandbriefe 83¾. 6prozent. Vereinigte Staaten-Anleihe pr. 1882 54½. Oesterreich. Bank-Antheile 844. Oesterreichische Credit-Aktien 194. Darmstädter Bank-Aktien 237. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenbahn —. Oesterr. Elisabet-Bahn 119½. Böhm Westbahn 73⅜. Rhein-Nahebahn 30⅞. Ludwigsh.-Bexbach 148½. Hess. Ludwigsbahn 136. Darmst. Zettel-Bank 260½. 1854er Loose 77⅞. 1860er Loose 84¾. 1864er Loose 93⅜. Oesterr. Nat.-Anleihe 68¾. 5proz. Metall. 62⅝. 4½proz. Metall. 55⅞.

Hamburg, 21. März, Nachm. 2½ Uhr. Fest, aber ruhig. Russische Prämien-Anl. lebhaft 84¼. Schönes Wetter. **Schluß-Course:** National-Anl. 69¼. Oesterr. Credit-Aktien 81¾. Vereinsbank 106½. Norddeutsche Bank 114¾. Rheinische 110⅝. Nordbahn 76¼. Finnl. Anl. 83. 6proz. Verein. Staaten-Anl. pr. 1862 49½. Diskonto 2%. Wien 85, 37. Petersburg 27⅞.

Hamburg, 21. März. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest bei kleinem Geschäft. April-Mai 5400 Pfd. netto 94½ Bancothaler Br., 93½ Gd., matter. Roggen loco fest, stille. April Mai 5100 Pfd. brutto 80—79½ bez. u. Br., einzeln Geld bei geringer Kauflust, ab auswärts zu gestrigen Preisen verkäuflich. Oel ruhiger, Mai 26¾, Okt. 26. Kaffee in Erwartung der Rio-Depesche ruhig.

Liverpool, 21. März, Nachm. 1 Uhr. [Baumwolle.] Gestern betrug der Umsatz nur 3000 Ballen, heute 2—3000. Preisbestimmung schwierig. Preise gegen vergangenen Freitag ungefähr ½ d. niedriger.

Berlin, 21. März. Beim Beginn des heutigen Verkehrs schien die Börse an Festigkeit gewonnen zu haben, es trat indeß eine Unterbrechung der günstigen Haltung ein und erst zum Schluß gewann die letztere wieder die Oberhand. In den österreichischen Papieren war der Umsatz eingeschränkt, nur 1860er Loose handelte man in größeren Summen zu besseren Preisen. Schwere Eisenbahnactien waren weder beliebt noch vollständig behauptet, nur Rheinische machten hiervon eine Ausnahme. Ebenso erfreute sich Nordbahn heute nur in weit geringerem Grade der Beachtung der Börse und auch nur vorübergehend einer erwähnenswerthen Preissteigerung. Bessere Frage war dagegen für Mecklenb. vorhanden, die auch dem Course einigermaßen zu Gute kam, auch brachte speculative Thätigkeit in Warschau-Wiener bei weiterer Haussebewegung regeres Leben. Von Bank- und Credit-Actien sind Moldauer und Genfer die bevorzugten des Tages, man handelte ziemliche Posten davon zu besserer Notiz. Im Uebrigen entwickelte sich in Russ. Präm. Anleihe ein beträchtlicher Umsatz bei steigender Richtung, so daß ganz zuletzt über Notiz dafür angelegt werden mußte. Preuß. Fonds bleiben still, doch fest, Staatsschuldscheine legten ihrem Course ⅛ zu, 5% Anleihe gab ⅛, Prämien-Anl. im Briefcourse ¼, auf. (B.- u. H.-Z.)

Berlin, 21. März. **Weizen** loco 44—59 Thl. nach Qualität. — **Roggen** loco 82—83pfd. 36½ Thl. ab Bahn bez., März 36 Thl. Br., Frühjahr 35¾—⅞—¾ Thl. bez., Br. und Gld., Mai-Juni 36¼—36—¼—35⅞ Thl. bez. und Gld., 36 Thl. Br., Juni-Juli 37¼—37 Thl. bez., Br. und Gld., Juli-Aug. 38¼—38 Thl. bez. und Gld., ⅛ Thl. Br., Sept.-Okt. 39¼—39—⅛—39 Thl. bez. — **Gerste**, große und kleine 27—34 Thl. pr. 1750 Pfd. — **Hafer** loco 21½—24 Thl., böhm. 22¼ Thl. ab Bahn bez., Lieferung pr. März und März-April 21⅞ Thl. Br., Frühjahr 21⅝—¾ Thl. bez., Mai-Juni 22¼ Thl. Br. Juni-Juli 23⅛ Thl. Br., ⅛ Thl. Gld., Juli-Aug. 23¾ Thl. Br., ½ Thl. Gld. — **Erbsen**, Kochwaare 44—50 Thl., Mittelwaare 45 Thl., Futterwaare 41—44 Thl. pr. 2250 Pfd. — **Winterraps**, schlesischer, 95⅛ Thl. pro 1800 Pfd. ab Boden bez. — **Rüböl** loco 12⅓ Thl. Br., März und März-April 12¼ Thl. Br., April-Mai 12½—¼ Thl. bez. und Br., 5/24 Thl. Gld., Mai-Juni 12⅓—⅜—7/24 Thl. bez. und Gld., ⅓ Thl. Br., Sept.-Okt. 12⅚—¾ 5/24 Thl. bez. — **Leinöl** loco 12⅔ Thl. — **Spiritus** loco ohne Faß 13⅔—½ Thl. bez., März und März-April 13⅚—5/12 Thl. bez. und Gld, ½ Thl. Br., April-Mai 13 13/24—⅝—13/24 Thl. bez., ⅔ Thl. Br., ½ Thl. Gld., Mai-Juni 13 19/24—⅚—17/24 Thl. bez., ¾ Thl. Br., ⅔ Thl. Gld., Juni-Juli 14⅙—⅛ Thl. bez., Br. und Gld., Juli-Aug. 14 11/24—11/24 Thl. bez., ⅙ Thl. Br., 5/12 Thl. Gld., Aug.-Sept. 14 15/24—⅔ Thl. bez. und Gld., ¾ Thl. Br., Sept.-Okt. 14 11/12—⅞ Thl. bez.

Von Weizen sind Geschäftsabschlüsse nicht bekannt geworden. Der Terminhandel in Roggen fing mit ¼ Thl. niedrigere im Course an, errang dann unter schwankender Haltung wiederum den gestrigen höchsten Preis, um im Verfolge nicht allein diesen Stand zu verlassen, sondern auch die gestrige Errungenschaft zu verlieren. Es muß sich wohl ein Jeder selbst sagen, daß die allerdings scharfe Witterung ermunternd auf die Speculation wirken müßte, aber an eine Steigerung von einem ganzen Thaler wird selbst von Sanguinikern für den etwa zum Schaden eintretenden Einwirkungen der Kälte als nicht ganz gerechtfertigt bezeichnet. So konnte es denn nicht ermangeln, daß, abgesehen von der bedeutend gelindern Temperatur, eine Reaction eintrat, welche sich die Baisse nicht unbenutzt vorbergehen ließ. Locowaare wurde sehr wenig gehandelt, Angebot und Begehr sind gleich schwach.

Rüböl bekundete während erster Börsenhälfte eine recht feste Tendenz und bezahlte man besonders für Herbst etwas höhere Preise. Später fanden sich hierfür Abgeber in vermehrter Zahl, so daß Course bei erlahmter Kauflust ⅙ Thlr. nachgaben. Gek. 200 Ctr. Spiritus eröffnete ebenfalls in fester Haltung, vermochte aber den Einwirkungen des Roggenmarktes nicht zu widerstehen, um bei ganz ermatteter Stimmung Preise auch für diesen Artikel ⅙ Thlr. weichend zu machen. Gek. 10,000 Quart.

Berliner Börse vom 21. März 1865.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	
Freiw. Staats-Anl.	4½	102⅝ bz.
Staats-Anl. von 1859	5	106¼ bz.
dito 1850, 52	4	98½ bz.
dito 1853	4	98½ bz.
dito 1854	4½	102½ bz.
dito 1855	4½	102½ bz.
dito 1856	4½	102½ bz.
dito 1857	4½	102½ bz.
dito 1858	4½	102½ bz.
dito 1864	4½	102½ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	91⅞ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	129½ B.
Berliner Stadt-Obl.	4½	102⅝ B.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	87¾ bz.
Pfandbriefe. Pommersche	3½	87¼ bz.
Pfandbriefe. Posensche	4	— — —
Pfandbriefe. dito	3½	96¼ G.
Pfandbriefe. dito neue	4	95⅞ bz.
Pfandbriefe. Schlesische	3½	— — —
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	99 G.
Rentenbriefe. Pommersche	4	99 bz.
Rentenbriefe. Posensche	4	97 bz.
Rentenbriefe. Preussische	4	99 bz.
Rentenbriefe. Westph. u. Rhein.	4	98¾ bz.
Rentenbriefe. Sächsiche	4	99 G.
Rentenbriefe. Schlesische	4	99 bz.
Louisd'or 111 G.		Oest Bkn. 90⅞ bz.
Goldkronen 9. 9 G.		Poln Bkn. — — —

Ausländische Fonds.

	Zf.	
Oesterr. Metalliques	5	64½ bz.
dito Nat.-Anl.	5	70⅝ G.
dito Lott.-A v. 60	5	84¼ à ⅞ bz.
dito dito 64	—	53¾ G.
dito 54er Pr.-A.	4	80 G.
dito Eisenb.-L.	—	77½ bz. u. G.
Russ Engl. Anl. 1862	5	88⅛ bz.
dito Holl Anl 1864	5	89 G.
dito Poln. Sch.-Obl.	4	73¾ G
Poln-Pfandbr III Em.	4	76¼ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl	4	89¾ B.
dito à 300 Fl.	5	92¼ bz.
dito à 200 Fl	—	— — —
Kurhess 40 Thlr.	—	56¾ B.
Baden. 35 Fl. Loose	—	30¼ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	
Berg.-Märkische	4½	101½ B
dito II.	4½	101½ B.
dito IV.	4½	99⅝ B.
dito III.v.St.3½g.	3½	83½ G.
Cöln-Minden	4½	— — —
dito II.	5	104⅝ bz.
dito	4	94¾ B.
dito III.	4	93 G.
dito	4½	101¼ G.
dito IV.	4	92⅝ bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	91 B.
dito III. Em.	4½	97¾ B.
Galiz. Ludwigsb	5	86⅝ G.
Niederschl.-Märk.	4	96¾ bz.
dito conv.	4	97 G
dito III.	4	94¾ bz.
dito IV.	4½	101½ bz.
Niederschl. Zweigb. Litt. C.	5	102½ B.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	85 bz.
dito C.	4	95¼ G.
dito D.	4	95¼ G.
dito E.	3½	84 G.
dito F.	4½	101⅝ bz.
Oest.-Franz.	3	258 bz u. G.
Oest. südl. St.-B.	3	249 bz.
Rhein. v. St. gar.	4½	102½ G.
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	101 bz.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1863	1861	Zf.	
Aachen-Düsseld.	3½	4⁷/₃₀	3½	100½ G.
Aachen-Mastrich	—	—	4	40⅛ bz.
Amsterd.-Rottd.	6¼	6 19/20	4	118¼ G.
Berg.-Märkische.	6½	—	4	139½ bz.
Berlin-Anhalt.	8¾	—	4	192 bz.
Berlin-Görlitz.	—	—	4	90 G.
dito St.-Prior.	—	—	5	98½ bz.
Berlin-Hamburg	7¼	—	4	140½ bz.
Berl.-Potsd.-Mg.	14	—	4	212½ bz.
Berlin-Stettin	8⅓	—	4	134¼ bz. (i. D)
Böhm.-Westb.	-	—	5	73½ etw.bz.u.B.
Breslau-Freib.	7½	—	4	143¼ bz.
Cöln-Minden	12 11/12	—	3½	206 G.
Cosel-Oderberg.	1½	—	4	62½ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4½	89 B.
dito dito	—	—	5	93½ bz.
Galiz.Ludwigsb.	6	—	5	99½ bz.
Ludwigsh.-Bexb.	9	9⅕	4	149 B.
Magd.-Halberst.	22⅔	—	4	23? bz.
Magdb.-Leipzig.	17	—	4	259 B.
Mainz-Ludwigsh	7	—	4	132¼ bz.
Mecklenburger.	2½	—	4	77⅝ à ¾ bz.
Neisse-Brieger	4⅓	—	4	91¼ G.
Niedrschl.-Märk.	4	4	4	97¼ B
Niederschl.Zwgb	2⅔	—	4	86 B.
Nordb.,Fr.-Wilh.	3 7/12	—	4	78à77½à¾ bz.
Oberschles. A	10½	—	3½	169½ bz.
dito B.	10½	—	3½	149 bz.
dito C.	10½	—	3½	169½ bz.
Oestr.-Fr. St.-B.	5	—	5	117¾ bz.
Oest. südl. St.-B.	8	—	5	1?6½ bz.
Oppeln-Tarn	2½	—	4	81½ bz.
Rheinische	6	—	4	112 bz.
dito Stamm-Pr.	6	—	4	115 B
Rhein-Nahebahn	—	—	4	30¾ bz.
Rhr.Crf.K.Gldb.	5	6⅔	3½	104½ B.
Stargard-Posen.	4⅝	—	3½	97¼ bz. (i. D.)
Thüringer	7⅗	—	4	135¼ B.
Warschau-Wien	—	—	5	67½ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

	1863	1861	Zf.	
Berl. Kassen-V.	6	7 1/10	4	130 G.
Braunschw. B.	—	—	4	84 B.
Bremer Bank.	5⅘	7 8/10	4	114 B.
Danziger Bank.	6	7½	4	111 G.
Darmst. Zettelb.	6	—	4	103 B.
Geraer Bank.	7	3	4	107 B
Gothaer „	6½	—	4	102½ B.
Hannoversche B.	5⅕	—	4	100½ B.
Hamb. Nordd. B.	6⅜	7⅝	4	114½ B.
„ Vereins-B.	6 18/32	7 21/32	4	106 G.
Königsberger B.	5⅘	6¾	4	109½ G.
Luxemburger B.	9	—	4	87½ bz.
Magdeburger B.	4½	—	4	102 G.
Posener Bank.	5 8/15	7	4	101¼ bz.
Preuss. Bank.-A.	7 37/40	—	4½	148 bz.
Thüringer Bank.	4	4	4	77¼ B.
Weimar „	5½	—	4	100 B.
Berl. Hand.-Ges.	8	—	4	112 B.
Coburg.Credb.A.	7	—	4	100 G.
Darmstädter „	5½	—	4	92⅝ bz.
Dessauer „	—	—	—	3¼ p. St. G.
Disc.-Com.-Ant.	6½	—	4	103⅝ bz.
Genfer Credb. A.	1	—	4	40⅝ etw. à 41⅜ bz.
Leipziger „	4	—	4	86½ G. (i. D.)
Meininger „	7	—	4	100½ bz.
MoldauerLds.-B.	2½	—	4	42⅞ mehr bz.
Oesterr.Credb.A.	6	—	5	83½ bz. u. B.
Schl. Bank-Ver.	6	—	4	108⅞ bz.
Minerva	—	—	5	31 i. P. bz.
Fbr.v.Eisenbbfd.	8	—	5	115¼ bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10 T.	144⅜ bz.
dito dito	2 M.	143¼ bz.
Hamburg 300 Mk	8 T.	152⅝ bz.
dito dito	2 M.	152⅛ bz.
London 1 Lst.	3 M.	6. 23⅛ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	80 11/12 bz.
Wien 150 Fl.	8. T.	90¾ bz.
dito dito	2 M.	90¼ bz
Augsburg 100 Fl.	2 M.	56. 26 G.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	99⅝ G.
dito dito	2 M.	99⅛ G.
Frankfurt a. M. 100 Fl.	2 M.	56. 28 G.
Petersburg 100 S.-R.	3 W.	90⅛ bz.
dito dito	3 M.	89⅛ bz.
Warschau 90 S.-R.	8 T.	81½ bz.
Bremen 100 Thlr.	8 T.	111 bz

⁂ **Breslau,** 22. März. Wind: Süd-Ost. Wetter: schön. Thermometer Früh 8 Grad Kälte. Für Getreide war heut im Allgemeinen die Stimmung ruhiger, Preise wenig verändert, jedoch fanden nur billigere Forderungen Beachtung.

Weizen ruhig, pr. 84 Pfund weiße bruchfreie Waare 61—66 Sgr., wenig erbrochene 52—56 Sgr., erwachsene 48—50 Sgr., gelbe bruchfreie Waare 58 60 Sgr., wenig erbrochene 50—54 Sgr., erwachsene 42—46 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — **Roggen** schwach beachtet, pr. 84 Pfd. 41—43 Sgr. feinste Sorte bis 44 Sgr. (gestern 42—44 Sgr.) — **Gerste** wenig Umsatz, pr. 74 Pfd. weiße 36—38 Sgr., helle 33—34 Sgr., gelbe 31—32 Sgr. — **Hafer** ruhig, pr. 50 Pfd. 24—27 Sgr. — **Erbsen** schwacher Umsatz. — **Wicken** gefragt, 62—70 Sgr. — **Oelsaaten** fest. — **Lupinen** nur in trockener Waare beachtet. — Schlesische **Bohnen** gesucht. — **Schlaglein** fest. — **Rapskuchen** beachtet, 50—52 Sgr. pr. Ctr.

	Sgr.pr.Schff.		Sgr.pr.Schff.
Weißer Weizen, alter	60—64—73	Erbsen	54—58—62
„ „ neuer	60—67	Wicken	62—64—70
Gelber Weizen, alter	58—64—68	Lupinen	45—60—72
„ „ neuer	57—60	Bohnen	70—78—88
Erwachsener Weizen	42—46—52		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	42—43—44	Schlag-Leinsaat	160—180—195
Gerste, neue	31—33—38	Winter-Raps	178—210—226
Hafer, neuer	23—25—27	Winter-Rübsen	175—195—210

Kleesaat schwach zugeführt, — **rothe** fest, ordinäre 14⅔—18 Thlr., mittle 19—21 Thlr., feine 23—25½ Thlr., hochfeine 26—27 Thlr. und darüber bez., — **weiße** ruhig, ordinäre 13—15 Thlr., mittle 16—18 Thlr., feine 19—21 Thlr., hochfeine 22—23 Thlr. pr. Centner.

Thymothee schwach beachtet, 12—14 Thlr. pr. Centner.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 22—26 Sgr., Metze 1—1¼ Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco u. Termine 12 Thlr. Br. u. Gld., Frühjahr — Thlr., Herbst — Thlr. — **Spiritus** pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 12⅚ Thlr., März 12⅚ Thlr., Frühjahr 13 Thlr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.